

30 JAHRE GLEICH

Seit 1991 sind Frauen den Männern im Polizeidienst gleichgestellt. Heute beträgt der Frauenanteil in der Bundespolizei 20 Prozent. In Top-Führungspositionen sind nur wenige Polizistinnen.

Lehrgangsabschlussfeier am 27. November 1991 in Wien: 21 Frauen beendeten in der Marokkanerkaserne die Polizeiausbildung. Dreizehn Absolventinnen stammten aus Wien, sechs aus Niederösterreich und zwei aus dem Burgenland. Es handelte sich um ehemalige Straßenaufsichtsorgane („Politessen“), die ab Dezember 1990 in der Schulabteilung der Wiener Sicherheitswache eine einjährige Ergänzungsausbildung absolviert hatten und zu vollwertigen Polizistinnen ausgebildet worden waren. 25 Politessen hatten die Aufnahmeprüfung erfolgreich absolviert; vier von ihnen schieden während der Ausbildung aus. Gleichzeitig mit dem Ergänzungslehrgang in Wien begann in den Bundespolizeidirektionen Linz und Graz für 15 ehemalige Politessen die Ergänzungsausbildung. Die Polizistinnen traten am 1. Dezember 1991 ihren Dienst in der Sicherheitswache in Wien, Linz und Graz an.

Frauen im Polizeidienst hat es in Österreich zwar schon vor 1991 gegeben, sie waren aber entweder nur für den „ruhenden Verkehr“ zuständig, unbewaffnet oder sie wurden im Kriminaldienst ausschließlich für „frauenspezifische“ Tätigkeiten eingesetzt, etwa zur Befragung von Frauen und Kindern, die Opfer von Sexualdelikten geworden waren, oder bei Ermittlungen gegen straffällige Kinder und Jugendliche. Die Absolventinnen der Ergänzungsausbildung 1990/91 waren die ersten Frauen, die ihren männlichen Kollegen in allen Bereichen gleichge-



Bundespolizei: Seit 1991 sind Frauen den Männern in allen Bereichen gleichgestellt. Der Frauenanteil beträgt derzeit 20 Prozent.

stellt waren. Gleichzeitig mit dem Ergänzungslehrgang für die ehemaligen Politessen begann 1990 ein regulärer, zweijähriger Grundausbildungslehrgang für 25 weitere Frauen. Im gleichen Jahr startete bei der Gendarmerie die gleichwertige Grundausbildung von Frauen.

Heute sind Frauen in allen polizeilichen Bereichen tätig, darunter Hundeführerinnen, Alpinpolizistinnen, Pilotinnen bei der Flugpolizei, in der Kriminaltechnik, Lehrerinnen in den Bildungszentren, Verbindungsbeamtinnen, Spezialistinnen beim Einsatzkommando Cobra und in anderen Sonder-

FOTO: ALEXANDER TUWA

CHBERECHTIGT



dienststelle war Irene Schröpfer. Sie trat am 1. November 1993 in die Gendarmerie ein, absolvierte die Ausbildung zur dienstführenden Beamtin und wurde am 1. Februar 2004 Chefin der Polizeiinspektion Gablitz in Niederösterreich.

1996/97 absolvierten die ersten Frauen den Offizierskurs an der Sicherheitsakademie. Es handelte sich um die aus Kärnten stammende Astrid Schrenk und die Wienerin Angela Marusak, beide Sicherheitswachebeamtinnen in Wien. Astrid Schrenk war nach der Polizeireform 2005 bis zur Sicherheitsbehördenreform 2012 Landespolizeikommandant-Stellvertreterin in Kärnten. Heute gibt es 27 Polizeioffizierinnen bei der Bundespolizei in Österreich, das sind knapp sieben Prozent aller leitenden Beamten.

Die erste Polizistin aus Österreich, die an einer Auslandsmission teilnahm, war Sandra Hübsch von der Wiener Polizei. Sie war ab Juli 1995 ein Jahr lang in Mostar (Bosnien/Herzegowina) eingesetzt und diente später in weiteren Missionen. Oberst Erika Wietinger wurde 2004 die erste Kontingentskommandantin bei einer Auslandsmission.

Die erste Frau, die in Österreich mit Polizeiaufgaben betraut wurde, war Franziska Wessely begann ihren Dienst am 1. Juli 1909 in der Wiener Polizei als „Polizeiassistentin für Jugendfragen“. Sie hatte eine pädagogische Ausbildung und war seit 1904 in der Verwaltung der Polizeidirektion Wien beschäftigt. Grundlage für ihre Tätigkeit war der Erlass der k. k. Polizeidirektion Wien vom 1. Februar 1909, Zahl 250/2G, zum „Zwecke einer einheitlichen Durchführung der bezüglich jugendlicher Personen zu treffenden Fürsorgemaßnahmen“. Die Polizeiassistentin hatte sich insbesondere um jugendliche Obdachlose, „Vaganten“ und Bettler zu kümmern, ebenso um Jugendliche, die aus der Haft entlassen wurden oder in Besserungsanstalten eingeliefert werden sollten. Der Bereich der polizeilichen Jugendfürsorge wurde in der Abteilung für Gefange-

und Spezialeinheiten. Mit Stand 1. Februar 2021 gab es in Österreich 6.576 Polizistinnen. Das entspricht einem Anteil von 20 Prozent. Unter den dienstführenden Polizeibediensteten waren 13 Prozent Frauen. In den Polizei-Grundausbildungslehrgängen betrug der Frauenanteil 31 Prozent. 1995

hatten die ersten Polizistinnen der neuen Generation die Möglichkeit, den Dienstführenden-Ausbildungslehrgang zu absolvieren, um eine Führungsaufgabe in Wachzimmern und Gendarmeposten (ab 1. Juli 2005: Polizeiinspektionen) übernehmen zu können. Die erste Kommandantin einer Polizei-

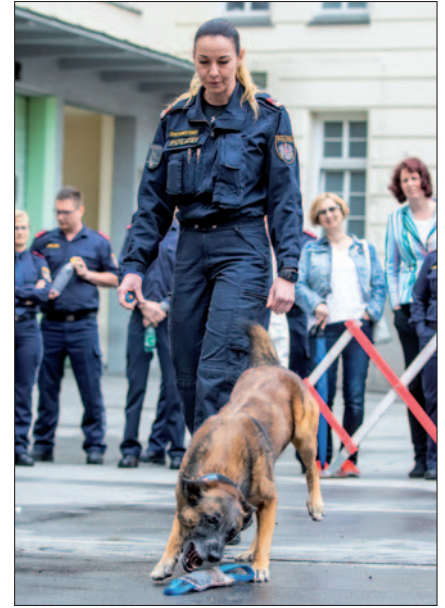


Lehrgangsabschluss im Bildungszentrum Wien: Der Frauenanteil in den Grundausbildungslehrgängen der Bundespolizei beträgt derzeit 31 Prozent.

nenhausangelegenheiten angesiedelt und in den Wiener Polizeibezirkskommissariaten wurden Referate für Jugendfürsorge eingerichtet.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden wegen der zunehmenden Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen weitere „Polizeifürsorgerinnen“ aufgenommen. Voraussetzung war die Absolvierung einer Fürsorgeschule mit Öffentlichkeitsrecht. Nachdem das Städtische Jugendamt in Wien einen Großteil der Fürsorgeaufgaben übernommen hatte, wurden die Polizeifürsorgerinnen vermehrt mit verwaltungs- und kriminalpolizeilichen Tätigkeiten betraut.

Die erste Frau, die bei der Polizei in eine leitende Funktion im gehobenen Dienst befördert wurde, war Josefine Stöckl (1875–1942). Sie versah seit 1893 Dienst im Zentralmeldeamt (ZMA) und wurde Ende September 1932 „wirklicher Amtsrat“. Sie hatte die technische Leitung des ZMA inne und war für den Parteienverkehr zuständig. Sie sei „vom frühen Morgen bis zum späten Abend an ihrem Schreibtische zu finden“ gewesen, habe „unermüdlich ganze Stöße von Akten“ erledigt, „aber auch den umfangreichen Dienstbetrieb im Zentralmeldeamt überwacht“, wurde Stöckl anlässlich ihrer Pensionierung gewürdigt.



Viele Polizistinnen sind auch als Diensthundeführerinnen ausgebildet.

Kriminalbeamtinnen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Österreich wurde die Polizeifürsorge im Herbst 1938 in eine „Weibliche Kriminalpolizei“ umgewandelt. Die Aufgaben umfassten vor allem Amtshandlungen mit Kindern bis zum 14. Lebensjahr, mit Mädchen bis zum 18. Lebensjahr sowie mit Frauen nach Sittlichkeitsdelikten, Kindesmisshandlung, Kindsmord und ähnlichen Delikten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die „Weibliche Kriminalpolizei“ aufgelöst und im November 1945 der Fürsorgedienst der Wiener Polizei wiedererrichtet, und zwar als „Institut der Polizeifürsorge“.

STRASSENAUFSICHTSORGANE

50 Jahre Politessen

Um die Sicherheitswachebeamten in den Städten von der Parkraumüberwachung zu entlasten, wurden ab 1971 Frauen zur Überwachung des ruhenden Verkehrs eingestellt. Ein Aufnahmekriterium war ein Alter von 18 bis 25 Jahren. Die ersten 34 Hilfspolizistinnen wurden am 15. September 1971 in Wien aufgenommen und ab Dezember 1971 in sechs Wiener Bezirken eingesetzt. In Graz begannen die ersten Politessen 1973 ihren Dienst auf der Straße. Ihre offizielle Bezeichnung lautete „weibliche Straßenaufsichtsortane“ (VB/S OSTa), umgangssprachlich wurden sie als „Politessen“ bezeichnet.



Politessa in Wien, 1971.

zeichnet. Die Ausbildung dauerte drei Monate und umfasste hauptsächlich verkehrspolizeiliche Materien sowie die Grundzüge der Bundesverfassung, etwas Strafrecht und Sport. Insgesamt wurden in der Schulabteilung der Wiener Polizei etwa 330 Politessen ausgebildet. Es war geplant, geeignete Politessen später in den Verwaltungs- oder Kriminaldienst zu übernehmen. Anfang der 1980er-Jahre gab es in der Bundeshauptstadt etwa 200 Politessen.

Ab Dezember 1990 hatten die Politessen die Möglichkeit, nach einer Aufnahmeprüfung eine einjährige Ergänzungsausbildung zu absolvieren und in den regulären Polizeidienst überzutreten.



Lehrgangsabschluss: Polizistinnen des ersten Lehrgangs 1967 und nach der Ergänzungsausbildung 1991.

rinnen für Jugendliche und gefährdete Frauen“. Die Beamtinnen hatten aber keine Exekutivgewalt.

Im April 1947 wurde in der kriminalpolizeilichen Abteilung der Bundespolizeidirektion (BPD) Wien das Büro „Jugendpolizei“ geschaffen, das den Dienst der Polizeifürsorgerinnen in den Bezirkspolizeikommissariaten, im Sicherheitsbüro und im Büro zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten koordinierte.

Da die Arbeit der Jugendpolizei hauptsächlich kriminalpolizeilichen Charakter hatte, wurden 28 Polizeifürsorgerinnen mit 1. Jänner 1951 in den Kriminaldienst übergeleitet. Sie erhielten die Bezeichnung „weibliche Kriminalbeamte“, absolvierten den Kriminalbeamtenkurs und erhielten das gleiche Gehalt wie ihre männlichen Kollegen. Ihre Aufgaben bestanden in Amtshandlungen im Zusammenhang mit Kindern sowie Mädchen unter 18 Jahren, in kriminalpolizeilichen Amtshandlungen gegen Frauen und in der Einleitung von Fürsorgemaßnahmen.

Am 1. Juli 1955 trat mit Anna Vogel die erste Polizeioffizierin („leitende weibliche Kriminalbeamtin“) ihren Dienst an. Sie wurde Leiterin der Jugendpolizei und absolvierte neben dem Beruf das Jus-Studium. 1971 gab es bei der Wiener Polizei 33 „weibliche Kriminalbeamte“ (wKrb) – zwei leitende, 13 dienstführende und 18 eingeteilte Beamtinnen. Sie versahen Dienst bei der Jugendpolizei, im Büro zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Mädchenhandels, sowie in den Bezirkspolizeikommissariaten.

In den 1980er-Jahren wurde als Aufnahmekriterium der Abschluss einer Sozialakademie gefordert. Die Aufgaben beschränkten sich nach wie vor

mit wenigen Ausnahmen auf Amtshandlungen mit Frauen und Kindern, vor allem auf die Bearbeitung von Sexual- und Misshandlungsdelikten.

Polizistinnenausbildung 1965. Mitte der 1960er-Jahre wurde bei der Wiener Sicherheitswache als Pilotprojekt für Frauen ein Grundausbildungslehrgang eingerichtet. Einer der Gründe war Personalmangel. Für den ersten Kurs hatten sich über 600 Frauen beworben. 63 Bewerberinnen wurden ausgewählt. Es gab drei Klassen („Kameradschaften“). Die Ausbildung in der Marokkaner Kaserne begann am 1. Oktober 1965 und dauerte zwei Jahre. Von den ursprünglich 63 Anwärterinnen traten nach Ausbildungsende 38 zur Dienstprüfung an. Die anderen Polizeischülerinnen schieden während der Ausbildung aus. Den ersten praktischen Einsatz hatten die



Die ersten Polizistinnen wurden nach der Grundausbildung 1967 nur zur Verkehrsüberwachung eingesetzt.

Polizeischülerinnen Anfang Februar 1967 – als Verkehrsposten auf stark befahrenen Kreuzungen am Ring und am Kai. Nach der Grundausbildung wurden die Absolventinnen am 1. Oktober 1967 dem Wachzimmer Stubenring im Regierungsgebäude in der Wiener Innenstadt zugeteilt. Die ersten Polizistinnen Österreichs hatten zwar die gleiche Ausbildung und das gleiche Grundgehalt wie die Männer, aber nicht die gleichen Aufgaben. Die Sicherheitswachebeamtinnen wurden nur zur Überwachung des „ruhenden Verkehrs“ und für die Verkehrsregelung an wichtigen Kreuzungen im ersten Bezirk eingesetzt. Die offizielle Bezeichnung der Polizistinnen lautete „weibliche provisorische Sicherheitswachebeamte“. Die Polizistinnen wurden zwar im Umgang mit Dienstwaffen (Pistole Walther 7,65 und Sturmgewehr) ausgebildet, versahen aber den Verkehrsdienst unbewaffnet.

In den folgenden Jahren schieden viele Frauen aus dem Polizeidienst aus, einige waren im Innendienst und bei der Staatspolizei tätig, nur wenige blieben bis zum Pensionsantritt im Dienst. Im nächsten Vierteljahrhundert gab es bei der Bundespolizei keine Polizistinnen-Ausbildung mehr.

Frauen in der Gendarmerie. Über Forderung von Frauenministerin Johanna Dohnal beschloss der Ministerpräsident im September 1983, Planstellen für Frauen bei der Bundesgendarmerie einzurichten. Im Jänner 1984 wurde nach einem Auswahlverfahren in jedem der acht Landesgendarmeriekommanden eine Frau eingestellt – als Vertragsbedienstete mit Sondervertrag. Die acht Frauen waren für den Kriminaldienst vorgesehen und bearbeiteten fast



Polizistinnen bei einem Einsatz bei einer Demonstration am 10. Juli 2020 in Wien-Favoriten.

durchwegs Amtshandlungen mit Frauen und Kindern, vor allem nach Sittlichkeitsdelikten. Deshalb war für die Bewerbung eine Ausbildung in einem Sozialberuf erwünscht. Die theoretische Ausbildung in der Gendarmeriezentralschule Mödling betrug sechs Monate, danach gab es einen etwa ein Jahr dauernden Praxisteil und schließlich eine dreimonatige berufsbegleitende Fortbildung. Im Gegensatz zu den meisten Kolleginnen bei den Bundespolizeidirektionen waren die Gendarmeriebeamtinnen bewaffnet. Zwei weitere Kurse folgten 1985 und 1986 mit acht bzw. mit neun Teilnehmerinnen. Ein Teil der Gendarmeriebeamtinnen war neben den „frauenspezifischen“ Bereichen auch mit anderen exekutiven Tätigkeiten befasst.

Im Jänner 1990 traten elf weitere Bewerberinnen ihre Grundausbildung in der Gendarmeriezentralschule Mödling an. Es war zwar noch ein reiner „Frauenkurs“, aber die Ausbildung dauerte nun wie bei den Männern zwei Jahre, bestehend aus zwei Theorieblöcken und einer Praxisphase. Erst ab diesem Zeitpunkt waren Frauen den

Männern in der Bundesgendarmerie gleichgestellt. Die Beamtinnen versahen Dienst auch in den Gendarmerieposten. 1995 schlossen 26 Frauen an der Gendarmeriezentralschule (GZK) in Mödling die Dienstführenden-Ausbildung ab.

Die erste leitende Beamtin in der Bundesgendarmerie war Karin Hechenblaickner (heute: Joszt-Friewald). Sie war unter den ersten Frauen, die 1984 in die Bundesgendarmerie aufgenommen worden waren und versah Dienst in der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos Niederösterreich. Sie trat nach der zweijährigen Offiziersausbildung am 1. Jänner 1996 den Dienst im Gendarmeriezentralkommando an. Derzeit leitet sie das Bundesausbildungszentrum für Polizeidiensthundeführerinnen und -führer.

30 Jahre Polizeijuristinnen. 1991 wurden erstmals Frauen auch in den juristischen Dienst der Polizei (Konzeptsdienst) aufgenommen: Die Juristinnen Dr. Sonja Auer, Mag. Monika Dalmatiner und Mag. Eva Neumann

traten am 1. März 1991 ihren Dienst in Wiener Bezirkspolizeikommissariaten an. Mit Dr. Esther Krug (BPD Villach) und Dr. Ulrike Weiß (BPD Eisenstadt) gab es vor der Sicherheitsbehördenreform 2012 zwei Polizeidirektorinnen in Österreich. Die bisher höchstrangige Juristin war Dr. Michaela Kardeis. Sie war vom 1. September 2017 bis 31. März 2019 Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit. Als 29-Jährige leitete sie die Bundespolizeidirektion Schwechat; später war sie Polizeivizepräsidentin in Wien. Seit Herbst 2019 ist sie Verbindungsbeamtin des BMI in den USA.

Unter den neun Landespolizeidirektoren befindet sich eine Frau: Dr. Michaela Kohlweiß leitet seit 2012 die Landespolizeidirektion Kärnten und ist derzeit die höchstrangige Frau bei der Bundespolizei in Österreich. Innenminister Karl Nehammer will den Anteil der Frauen in Führungspositionen erhöhen und richtete im Frühjahr 2021 eine Arbeitsgruppe ein, um Möglichkeiten der Personal- und Laufbahntwicklung auszuloten.

Werner Sabitzer

FOTO: GERD PACHAUER

Zwischen Akzeptanz und Ablehnung

Die Anfangszeit für Frauen in der Polizei und Gendarmerie war nicht immer einfach. Einigen schlugen Vorurteile und Ablehnung entgegen, andere fühlten sich sofort willkommen. Einige Pionierinnen und Kollegen von damals berichten über ihre Erfahrungen im Exekutivdienst Anfang der 1990er-Jahre.

Frauen bei der Polizei und der Gendarmerie – das war Anfang der 1990er-Jahre ein Novum, eine kleine Sensation. Handelte es sich doch nicht um „Politessen“ oder Kriminalbeamtinnen, an die man sich bereits mehr oder weniger gewöhnt hatte. Nein, nun gab es plötzlich Frauen als „vollwertige“ Exekutivbeamtinnen in einer der letzten Männerdomänen des ausgehenden 20. Jahrhunderts in Österreich. Begonnen hat alles mit Ergänzungsausbildungen für Politessen zu Exekutivbeamtinnen, wenig später wurden Frauen explizit für den Exekutivdienst aufgenommen.

In dieser „Sturm- und Drangzeit“ beschrieben damals einige Wiener Polizisten, die zu den Ersten gehörten, die mit Kolleginnen zusammen arbeiteten, im Rahmen einer unveröffentlichten Studie ihre veränderte neue Arbeitssituation. Diese Interviews von damals sowie die Erinnerungen von Kolleginnen, die für diesen Artikel auf ihre Anfangszeit als Pionierinnen bei Gendarmerie und Polizei zurückblickten, finden sich in dieser Rückschau, wie alles begann.

Frauen in der Exekutive waren ein Novum, etwas, woran sich alle gewöhnen mussten. Die ersten gemischten Fußstreifen wurden von der Bevölkerung teils staunend zur Kenntnis genommen. Einen Passanten in Kärnten quälte die Neugier derart, dass er die junge Beamtin fragte, ob ihre Dienstwaffe denn auch „echt“ sei? Aber nicht nur die Bevölkerung war interessiert: Medienvertreter und Kamerateams tauchten in den Dienststellen auf. Ihr Interesse galt den Frauen in Uniform.

Uniformen. Ja, auch das war anfangs eine gewisse Schwierigkeit, es gab teilweise keine für Frauen. So saßen die Ersten von ihnen in Graz noch in Zivilkleidung in der Schulabteilung, Uniformen gab es erst sechs Monate später. Das erste Uniformteil für Frauen war ein „Allzweckoverall“. Um einheitlich auszuruhen, musste in Folge die ganze Klasse beim ersten Einsatz, ei-



Ausmusterung 1991: Innenminister Franz Löschnak, Christine Kahr, eine der ersten Polizistinnen in Wien.

nem Fußballspiel, im Allzweck-Overall antreten. Anfangsschwierigkeiten gab es aber nicht nur bei den Uniformen. Auch die Ausstattung der Dienststellen war in der ersten Zeit oft noch eine Herausforderung für beide Seiten.

In einem Wiener Wachzimmer fand die Mannschaft eine kreative Lösung. Um zu vermeiden, dass die beiden Kolleginnen fürs Umziehen in einer anderen Dienststelle mit geeigneten Räumen den Dienst an- und abtreten mussten, war Selbsthilfe gefragt. Sie stellten zwei Schränke auf einem schmalen Gang gegenüber auf. Bestand die Notwendigkeit, wurden die Türen geöffnet und schon gab es eine Umkleidekabine. Zwei hilfsbereite Kollegen hielten den „Durchzugsverkehr“ am Gang auf, dem Umziehen in der eigenen Dienststelle stand somit nichts mehr im Wege.

Betriebsklima. Kaum einer der Männer hatte bereits mit einer Kollegin zusammengearbeitet, manche meinten sogar, extra der Polizei oder Gendarmerie beigetreten zu sein, um nicht mit Frauen zusammen arbeiten zu müssen und nun das! Einzelne Männer bezeichneten es als „schlimm“, eine Kollegin im Wachzimmer oder im Posten zu haben. Eine der Pionierinnen von damals wurde an ihrem ersten Arbeitstag auf einem Gendarmerieposten in Kärnten von ihrem Vorgesetzten mit den Worten empfangen: „Wir haben Sie nicht gebraucht. Wir sind so viele

Jahre ohne Frauen ausgekommen.“ Eher jüngere Männer sahen in den einstigen Interviews die Aufnahme von Kolleginnen hingegen gänzlich anders. Sie freuten sich über die Verstärkung, konnten daran nichts Nachtteiliges sehen. Sie nahmen es als eine ganz normale Entwicklung zur Kenntnis, als einen Schritt in die Moderne, in die Gleichberechtigung. So haben auch zahlreiche Kolleginnen ihren ersten Tag in gänzlich anderer Erinnerung, sie fühlten sich willkommen oder zumindest akzeptiert. In manchen Punkten waren sich die männlichen Kollegen mit „Frauenerfahrungen im Dienst“ in diesen Anfangszeiten einig. Einige meinten, die Umgangsformen und das Betriebsklima in der Dienststelle hätten sich durch die Kolleginnen verbessert.

Die Bandbreite der Erinnerungen der Pionierinnen reichte von „fühlte mich als junges Mädel bevorzugt vom Kommandanten“ – was auch so manchem Kollegen damals auffiel und folglich als ungerecht empfunden wurde bis hin zu einem „Halbschreibtisch“, den die „Neue“ bekam. Ein großer Schreibtisch stünde nur einem Mann zu. Schnell machten auch Gerüchte über Kolleginnen die Runde, die angeblich keine Außendienste bei schlechtem Wetter etc. machen müssten, die sich ihre Dienste „einrichten könnten“. Aber es gab auch andere Wahrnehmungen. So beschrieb etwa eine Beamtin aus der Steiermark, alle unangenehmen Dienste „bekommen“ zu haben.

Privatleben war ein Bereich, der durch die Neuzugänge des anderen Geschlechts betroffen sein konnte. Erste Pärchen, die sich im Dienst fanden, hatten es dem Vernehmen nach oft schwer. So erinnert sich eine Polizistin, heute glücklich verheiratet mit ihrem damaligen Kollegen, wie sehr sie beide um gemeinsame freie Tage kämpfen mussten. Die Dienstenteilungen beider sei prinzipiell so gestaltet worden, dass Privatleben kaum oder gar nicht möglich gewesen sei. Ein Wiener Polizist



Erste Polizistinnen in Wien: Viele verbinden positive Erinnerungen an ihre Anfangszeiten.

erzählte über den Druck seiner Frau zu Hause, keinen Nachtdienst mit der Kollegin machen zu dürfen. Das hätte seine Partnerin nicht geduldet, sogar sein Wechsel zum Bundesheer kam für sie in Frage. In einem anderen Wachzimmer sei es mit dem Chef „ausgemachte“ Sache gewesen, die Kollegin fahre nur bei „Dreier-Besetzungen“ im Funkwagen mit. Ein Tiroler Kollege erzählte, als „ihre Weibliche“ kam, hätte er sich geweigert, mit ihr Streifen dienst zu versehen. Sein Vorgesetzter hatte kein Verständnis dafür und meinte, alle müssten zusammenarbeiten. Nur zwei Frauen würde er nie gemeinsam einteilen. Der Beamte verlangte eine schriftliche Weisung und bekam ein Gespräch mit seinem Kommandanten.

In den Erinnerungen finden sich auch Beschreibungen über teils galantes Verhalten oder auch besondere Unterstützungsbereitschaft den Frauen gegenüber. Leider war gut gemeint nicht immer auch gut getan. Ein Beamter aus Wien erzählte stolz, wie sie sich „zu helfen wussten“. War am Funk zu hören, dass ein Streifenwagen mit gemischter Besetzung zu einem heiklen Einsatz unterwegs war (z. B. Raufhandel), sei unverzüglich aus der männli-

chen Kollegenschaft Unterstützung angeboten worden. Ein anderer sagte, sie hätten ihre „Weiblichen“ instruiert, im Fall des Falles sofort Unterstützung anzufordern und besser nicht „den Mann“ zu stellen.

Verhalten, das in der Kollegenschaft nicht goutiert wird oder wurde, gibt und gab es immer schon auf beiden Seiten. So trugen offensichtlich auch nicht alle Frauen mit ihrem Verhalten zur Akzeptanz von Kolleginnen in der Exekutive bei.

Ziemlich verärgert erzählte ein damals junger Polizist aus Wien von einer Episode: Er war mit seiner neuen Kollegin zu einem Raufhandel gerufen worden. Am Einsatzort angekommen, habe sie sich, mit dem Hinweis auf ihre zwei Kinder, geweigert, aus dem Funkstreifenwagen auszusteigen. Er habe sie sodann etwas forscher zur Mitarbeit aufgefordert und gemeint, dass er immerhin drei Kinder habe.

Bereits in der Grundausbildung erfuhren viele Schülerinnen ein Erfahrungsspektrum von „herzlich willkommen“ bis hin zu „wäre nicht nötig gewesen“.

Manche Frauen mussten um Anerkennung, um ihre Rechte kämpfen, an-

dere fühlten sich ab dem ersten Tag unterstützt und willkommen. Ein damaliger Sportlehrer wollte seiner Schülerin das Ablegen der „Rettungsschwimmerprüfung“ verweigern, für sie als Frau würde der „Helferschein“ genügen. Erst unterstützt von Kameraden und anderen Lehrern durfte auch sie, so wie alle anderen, den Rettungsschwimmer machen.

Positive Erinnerungen. Die meisten der interviewten Frauen erinnerten sich gerne an ihre Anfangszeiten zurück, behielten ihre Schulzeiten in guter Erinnerung und meinten, trotz mancher Ereignisse seien es an den ersten Dienststellen schöne Zeiten gewesen. Eine Kollegin erinnert sich heute noch: „Ein besonders schönes Erlebnis ist es für mich gewesen, als ein Kollege am Ende einer Besprechung vor allen anderen aufgestanden ist und betont hat, wie gut er mit mir und den anderen ‚Weiblichen‘ zusammenarbeiten könne, und was für ein Gewinn wir für die Exekutive sind.“

Corinna Obermaier

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Wissenschaft und Forschung an der Sicherheitsakademie.

„Exakt den gleichen Job“

Oberst Michael Holzer, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen im Bundesministerium für Inneres, über Fortschritte in der Gleichbehandlung, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und weltanschauliche Fragen im Zusammenhang mit der Polizeiarbeit.

Wir haben derzeit einen Frauenanteil von 20 Prozent in der Exekutive. Kann man damit zufrieden sein?

Aus meiner Sicht ist es sehr erfreulich, einen so hohen Anteil an Frauen in der Polizei zu haben. Seit 1991 hat eine kontinuierliche Steigerung des Frauenanteils stattgefunden und im Vorjahr wurden zum ersten Mal 20 Prozent erreicht. Österreich liegt im internationalen Vergleich sehr gut, was nicht bedeutet, dass wir uns damit begnügen sollen. Fakt ist jedoch, dass die Anhebung des Frauenanteils lange dauert.

Welche Möglichkeiten werden genutzt, um den Frauenanteil in der Exekutive weiter zu steigern?

Das beginnt schon bei der Werbung für die Aufnahme in den Polizeidienst. Bei den Werbesujets wird großer Wert darauf gelegt, dass bei den Abbildungen Frauen und Männer gleichermaßen vorkommen, um so die Sichtbarkeit von Frauen im Polizeidienst zu erhöhen und Frauen zu motivieren, sich zu bewerben. Gesamtgesellschaftlich werden leider immer noch gewisse Stereotype über Berufe für Männer und Frauen vermittelt, auch der Polizeiberuf ist immer noch zu männlich konnotiert. Umso wichtiger ist es, dass die offiziellen Bilder das aufzeigen, was mittlerweile Realität ist: Frauen sind fixer Bestandteil im Polizeiberuf, auch in Sonderverwendungen.



Michael Holzer: „Die Anhebung des Frauenanteils dauert einfach lange.“

Wie hat sich das Bild der Frauen in der Polizei seit den 1990er-Jahren verändert?

Vor 30 Jahren wurde auch öffentlich heftig darüber diskutiert, ob eine Frau überhaupt den Polizeiberuf „kann“ – das ist heute jedoch kein Thema mehr. Im Jahr 2021 können wir bei der Polizei stolz darauf sein, dass in allen Bereichen des Polizeiberufs Frauen vertreten sind. Es ist bei uns kein unübliches Bild mehr, dass bei einem Einsatz im großen Sicherheits- und Ordnungsdienst eine Polizistin neben einem männlichen Kollegen steht und

zwar in der ersten Reihe und nicht in einem geschützten Bereich oder mit einer anderen Tätigkeit abseits betraut. Polizistinnen machen die gleiche Tätigkeit, wie ihre männlichen Kollegen. Es ist völlig normal, dass es Frauen in Sonderverwendungen gibt, dass eine Frau Diensthundeführerin ist und exakt den gleichen Job macht, wie ein Mann.

Zu einer Zeit, als noch relativ wenige Frauen bei der Polizei waren, war auch der Außendienst ein Thema. Natürlich sollten Polizistinnen auch Außendienst machen, soweit war man sich einig, aber auf Streife sollten sie nur gemeinsam mit einem Mann gehen. Es gab also sehr lange Zeit nur gemischte Streifen, man hat keine Frauen-Doppelstreifen eingeteilt. Heutzutage ist es ganz normal, dass zwei Frauen miteinander im Streifenwagen sitzen und zu jedem Einsatz fahren – völlig egal, was der Einsatzgrund ist. Das fällt heute nicht mehr weiter auf, weil es Normalität ist. Im Denken hat sich seit damals ein Wechsel vollzogen: Heute wissen wir, dass Frauen den Beruf ganz genauso ausüben können wie Männer. Bewerber und Bewerberinnen, die die einheitlich festgelegten Aufnahmekriterien erfüllen, sind befähigt, den Polizeiberuf auszuüben. In der Ausbildung sollen neben der Wissensvermittlung zusätzlich die körperlichen Fähigkeiten weiter gesteigert werden. So

ZUR PERSON

Oberst Michael Holzer, BA MA MA MBA, 1986 in Judenburg in der Steiermark geboren, trat im April 2005 der Bundespolizei bei. Nach der Polizeigrundausbildung arbeitete er auf einer Polizeiinspektion in der Steiermark und war zusätzlich Angehöriger der Einsatzeinheit Steiermark, wo er ab 2011 als Gruppenkommandant eingesetzt wurde. Im Stadt- und Bezirkspolizeikommando Leoben versah er bis 2013 als dienstführende Beamter Dienst im Kriminalreferat. 2015 wechselte Holzer ins Innenministerium, ins Referat I/2/c,

Gleichbehandlungsangelegenheiten und Verwaltungsreform und ist seit 2016 in der Gruppe I/A, ZOG – Zentrum für Organisationskultur und Gleichbehandlung tätig. Er absolvierte neben seiner beruflichen Tätigkeit das Bachelorstudium Polizeiliche Führung sowie das Masterstudium Strategisches Sicherheitsmanagement an der FH Wiener Neustadt, weiters den MBA-Studiengang General Management Competences an der Universität Krems und schloss 2017 das Masterstudium Gender Studies an der Universität Wien ab.

Holzer bildet seit 2017 gemeinsam mit Mag. Maria Lankmair den Vorsitz der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen im BMI. Diese Arbeitsgruppe ist zuständig für sämtliche Fälle von Diskriminierungen und (sexuellen) Belästigungen, Stellungnahmen bei Besetzungsverfahren und der Vertretung vor der Bundesgleichbehandlungskommission. Darüber hinaus ist er seit April 2020 Gender-Mainstreaming-Beauftragter des BMI und seit 2016 stellvertretender Leiter im Zentrum für Organisationskultur und Gleichbehandlung.

werden z. B. auch Techniken gezeigt, die Körperkraft, die man zur Verfügung hat, auch richtig einzusetzen. Für Situationen, in denen die körperliche Kraft nicht ausreicht, gibt es spezielle Ausrüstung: So ist der Pfefferspray oder die Schusswaffe fester Bestandteil der Standardausrüstung jedes Polizisten und jeder Polizistin. In gewissen Situationen stehen darüber hinaus der Einsatzstock oder ein Schutzschild zur Verfügung. Dabei muss man sich verdeutlichen, dass die Ausübung von Zwangsgewalt nur einen Bruchteil der polizeilichen Tätigkeit ausmacht. Wir wissen, dass es Bereiche gibt in denen Frauen mit mehr Feingefühl agieren, als Männer oder einen „besseren Draht“ finden – gleiches gilt natürlich auch umgekehrt. Wenn eine Frau Opfer häuslicher Gewalt oder eines Sexualdeliktes wurde, dann wird sie im Regelfall eher mit einer Polizistin sprechen wollen, als mit einem Polizisten. Die Diversität ist also – wie bei allen anderen Berufen auch – sehr wichtig und der Schlüssel zum Erfolg.

Wie sieht die Entwicklung bei Frauen in Spitzenführungspositionen bei der Polizei aus?

Wir haben in der Polizei definitiv die Herausforderung, dass noch immer nur sehr wenige Frauen in Spitzenführungspositionen sind. Es gibt derzeit nur eine Landespolizeidirektorin, Michaela Kohlweiß in Kärnten. Wir wissen, dass wir uns in diesem Punkt verbessern müssen. Deshalb kündigte Innenminister Nehammer kürzlich an, dass es sein Ziel sei, den Frauenanteil in polizeilichen Führungsfunktionen kontinuierlich erhöhen zu wollen. Zu diesem Vorhaben wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die alle Möglichkeiten der Personal- und Laufbahnentwicklung ausloten soll. Aus meiner Sicht gibt es einen wichtigen Aspekt, den man dabei nicht vergessen darf: Nämlich Frauen zu motivieren, sich für Spitzenpositionen zu bewerben. Es liegt an uns allen in dieser Organisation, dass wir, wenn wir eine geeignete Frau kennen, sie auch ermutigen sich zu bewerben.

Im E2a-Bereich – der mittleren Managementebene – gibt es derzeit einen Frauenanteil von nur 13,6 Prozent. Was können die Gründe dafür sein?

Einer der Gründe dafür ist sicher, dass früher die Ausbildung nur zentral



Michael Holzer: „Aus meiner Sicht gibt es einen wichtigen Aspekt, nämlich Frauen zu motivieren, sich für Spitzenpositionen zu bewerben.“

in Wien und Traiskirchen stattgefunden hat. Mittlerweile gibt es E2a-Kurse z. B. auch in Tirol und in Salzburg und man hat bemerkt, dass sobald die Kurse auch an anderen Standorten angeboten wurden, sich die Zahl der Bewerberinnen deutlich erhöht hat. Das deutet für mich auf die Thematik „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ hin. Für Mütter unter den Polizistinnen, oder Polizistinnen, die planen, eine Familie zu gründen, war das dreiviertel Jahr Ausbildung teils weit weg von zu Hause, sicher ein Grund, sich nicht für den E2a-Kurs zu bewerben. Der oftmals lange Anfahrtsweg, der bedeutete, dass man von Montag bis Freitag von der Familie getrennt war, das war für Frauen mit Kindern schwer machbar. Die Regionalisierung der Ausbildung war sicher ein ganz wichtiger Schritt in die Richtung, den Anteil weiblicher Führungskräfte bei der Polizei zu steigern. Die Rahmenbedingungen für Frauen bei der Polizei sind grundsätzlich gut – vor allem im Vergleich zur Privatwirtschaft. Keine Frau muss Repressalien befürchten, wenn sie eine Familie gründen möchte, in Karenz geht oder danach Teilzeit arbeiten möchte. Man kann auch in Teilzeit normal Streifendienst machen. Das

System ist hier sehr flexibel und wir bekommen dazu auch sehr wenige Beschwerden. Auch bei Männerkarenz-Modellen sind wir Vorreiter, ein Papa-Monat bei der Polizei in Anspruch zu nehmen, das ist mittlerweile üblich.

Ist Teilzeit ein Thema, dass die Polizei auch in Zukunft beschäftigen wird?

Teilzeitbeschäftigung ist sicher ein Zukunftsthema, denn wir wissen, dass unabhängig vom Geschlecht die Tendenz dazu geht, dass vermehrt jüngere Menschen um Teilzeit ansuchen. Es ist daher ein Thema für die Polizei, wie man mit Teilzeitbeschäftigung generell umgeht. Um den Dienstbetrieb aufrechterhalten zu können, muss man ein System finden, das die Bedürfnisse der neuen Generationen Y und Z sowie der Erziehungsberechtigten gleichermaßen abdeckt. Man wird kreative Lösungsvarianten finden müssen, die dem Zeitgeist entsprechen. Das wird sicher eine Herausforderung für die Zukunft.

Gibt es in der Pandemie-Situation ein Thema, wo Polizistinnen besonders gefordert sind?

Das Thema Kinderbetreuung war für alle Familien mit Betreuungspflicht



Michael Holzer: „Führungskräfte müssen bei Vorwürfen sexueller Belästigung etwas machen, das Schlimmste ist, nichts zu tun.“

ten eine große Herausforderung. Die Hauptbetreuungslast liegt natürlich bei den Frauen, hat aber Männer genauso getroffen. Bei der Polizei wuchs der Arbeitsdruck schlagartig an, denn es mussten quasi über Nacht viele neue Regeln überwacht werden, es wurde eine generelle Urlaubssperre verfügt und zugleich hatten die Kinder Home-schooling und mussten auch zuhause betreut werden. Sofern nicht ein Partner im Homeoffice sein konnte, war die Kinderbetreuung tatsächlich eine sehr große Herausforderung für alle Betroffenen – nicht nur für Polizistinnen und Polizisten sondern für alle, die in sogenannten systemerhaltenden Berufen tätig sind.

Das Aggressionspotenzial gegenüber Polizistinnen und Polizisten hat spürbar zugenommen. Wie ist aus der Sicht der Gleichbehandlung mit Menschen umzugehen, die aufgrund ihrer Weltanschauung oder Kultur Amtshandlungen durch Polizistinnen nicht akzeptieren?

Es kommt nicht selten vor, dass bei Identitätsfeststellungen die Vorlage von Dokumenten an eine Frau verweigert

wird, unter dem Motto „einer Frau gebe ich meinen Ausweis nicht“ oder „von einer Frau lasse ich mich nicht kontrollieren“. Das können auch „Staatsverweigerer sein“, es muss nicht unbedingt nur Frauen betreffen. Dem muss man entschieden entgegenreten, die Antwort darauf ist ganz klar: Die Amtshandlung wird von der jeweiligen Polizistin oder dem Polizisten vorgenommen und auch zu Ende gebracht. Diese Amtshandlung ist genauso abzu-

E-CAMPUS

Online-Kurs

Ein Lernmodul des E-Campus beschäftigt sich mit den verschiedenen Handlungen und Formen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Es informiert über Strategien der Täter und Täterinnen, Ursachen und mögliche Auswirkungen. Zusätzlich werden Interventionsmaßnahmen und die Meldekette für Führungskräfte, Zeuginnen und Zeugen sowie Tipps für Opfer dargestellt.

handeln, wie jede andere wo die Mitwirkung durch den Betroffenen verweigert wird und bei der entsprechende Maßnahmen zu setzen sind. Die Amtshandlung wird nicht an andere Kollegen abgegeben, nur weil es das Gegenüber verlangt. Diese Linie vertreten das BMI und die Gleichbehandlung konsequent.

Hat die „Me-too“-Debatte auch innerhalb der Polizei stattgefunden?

Ja, die „Me-too“-Debatte hat auch in der Polizei und im BMI stattgefunden. Davor kann sich die Polizei nicht verschließen, da es natürlich auch das Thema sexuelle Belästigung im Polizeiberuf gibt. Im Gegenteil: Wir haben rund 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Tag und Nacht miteinander Dienst machen, die mit einander „durch dick und dünn“ gehen und aufeinander angewiesen sind in diesem Beruf. Es kann dabei auch zu Situationen kommen, die eine sexuelle Belästigung darstellen. Alles andere zu behaupten wäre eine Lüge. Vom Zentrum für Organisationskultur und Gleichbehandlung wurden aus diesem Grund zwei E-Learning-Tools für den E-Campus entwickelt. Eines, das sich speziell an Führungskräfte richtet und eines für alle Bediensteten des Innenministeriums – nicht nur speziell für die Polizei. Der Kern dieser Module ist die Frage: Was ist überhaupt eine sexuelle Belästigung bzw. was kann ich dagegen tun? Und beim Führungskräfte-Modul war die essenzielle Frage: Wenn du als Führungskraft bemerkst, dass eine sexuelle Belästigung geschieht, welche Handlungsoptionen gibt es? Oft ist der erste Schritt einfach darauf aufmerksam zu machen, dass eine sexuelle Belästigung durch das Verhalten vorliegen könnte. Fest steht: Als Führungskraft muss man sofort darauf reagieren. Welche Maßnahmen man genau ergreift, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab und diese sind immer situations- und personenabhängig. Das Online-Modul zeigt hier entsprechende Handlungsoptionen auf. So ein Verhalten zu ignorieren oder abzutun, ist ein absolutes No-Go für Führungskräfte. Sie müssen als Führungskraft etwas dagegen unternehmen, das Schlimmste ist, nichts zu tun. Auch andere Ministerien sind an diesen Modulen als Best-Practice-Beispiel interessiert, weil es derartige Schulungen nicht überall gibt.

Interview: Michaela Jana Löff

Medizin in Frauenhand

Im Chefärztlichen Dienst des Bundesministeriums für Inneres überwiegt der Frauenanteil. Die Chefärztin des Innenministeriums, Dr. Yasmin Frank-Dastmaltschi, gibt Einblicke in ihren Arbeitsalltag und spricht Frauen Mut zu, sich für eine Führungsposition zu entscheiden.

Das Fachgebiet Medizin liegt bei der Polizei mittlerweile fest in Frauenhänden. Mir obliegt die Fachaufsicht über die Polizeichefärztinnen, Polizeichefärzte sowie Polizeisanitäterinnen und Polizeisanitäter aller Bundesländer“, sagt Dr. Yasmin Frank-Dastmaltschi, Chefärztin des Innenressorts. Sie folgte im Juli 2016 Prof. Dr. Reinhard Mörz als Chefärztin nach. Diese Funktion ist im Bundesministerium für Inneres angesiedelt. Immer dann, wenn es um medizinische und Gesundheitsangelegenheiten geht, obliegt die Entscheidung in letzter Instanz der Chefärztin. Davor war Frank-Dastmaltschi seit 2013 stellvertretende Chefärztin und Leiterin der Gesundheitsvorsorge im Innenressort. Als Abteilungsleiterin der Abteilung I/10 wird sie von zwei Stellvertreterinnen in allen Belangen perfekt unterstützt – „das ist erstmalig in der Geschichte des BMI“, sagt die Chefärztin. Ein besonderer Vorteil besteht darin, dass in Abstimmung mit der Organisationsabteilung im Vertragsärzdebereich mittlerweile Teilzeitstellen angeboten werden. So ist dieser Beruf für Frauen mit Familie gut vereinbar. In den meisten Bundesländern gibt es auch die Möglichkeit als Honorarärztin oder Honorararzt zu arbeiten. „Honorarärzte erbringen aufgrund eines vorgegebenen Tarifkataloges stundenweise Leistungen für unsere Behörde“, sagt Frank-Dastmaltschi. Zurzeit sind bei den Landespolizeidirektionen Burgenland, Steiermark, Tirol und Salzburg die jeweiligen Chefarzt-Stellen weiblich besetzt. Das zeigt schon eine deutliche Tendenz, dass die Frauen hier im Vormarsch sind. Aktuell sind 23 Honorarärztinnen, 22 Amtsärztinnen sowie vier Chefärztinnen und drei Stellvertreterinnen für das BMI tätig.

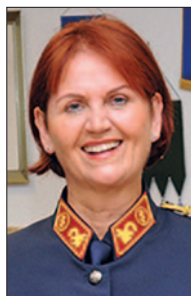
Pionierin im chefärztlichen Dienst war Dr. Johanna Baldi, sie war von 1981 bis 2012 in der damaligen Bundespolizeidirektion Graz als erste Chefärztin tätig. Ihre ursprüngliche Leidenschaft war die Gerichtsmedizin, „doch



Chefärztlicher Dienst des BMI: Chefärztin Yasmin Frank-Dastmaltschi (re.) mit ihren Stellvertreterinnen Patricia Fous-Zeiner und Maria Tödling-Weiss.

Anfang der 1980er-Jahre hat es dort erst recht keinen Platz für Frauen gegeben“, sagt Baldi. Sie bewarb sich für die freie Chefarztstelle „gegen nicht unbeträchtliche Widerstände“. Eine Einschulung seitens der Behörde oder durch einen Vorgänger, sei damals nicht erfolgt. Sie musste sich alle spezifischen Kenntnisse und Gesetzesgrundlagen selbst aneignen. Als Frau im höheren Bundesdienst erfahre man von männlicher Seite oft Anfeindungen aber auch hilfreiche Unterstützung. In dem vielfältigen Aufgabenbereich der Polizeiarzte stehe man immer im Spannungsfeld zwischen Behörden- und Parteien-Interessen, dem gesetzlichen Rahmen und der medizinischen Wissenschaft. Das bedeutet eine permanente Herausforderung. Für jemanden, der Herausforderungen liebe, sei es eine gute Berufswahl.

Polizeiärztlicher Dienst. Der Aufgabenbereich des polizeiärztlichen Dienstes ist vielfältig und umfasst u. a. Untersuchungen auf Haft- oder Zurechnungsfähigkeit, Begutachtungen von Körperverletzungen, kriminalpolizeiliche Leichenbeschau, die Feststellung des Grades der Alkoholeinwirkung bzw. der Suchtgiftbeeinträchtigung bei Verkehrsteilnehmern bis hin



Johanna Baldi, erste Chefärztin der Polizei.

zur Untersuchung psychisch Kranker nach dem Unterbringungsgesetz. Die medizinische Begleitung von Rückführungen, die eine besondere Sensibilität voraussetzt, erfolgt hauptsächlich durch weibliche Polizeiarzte. Insbesondere in Zeiten einer Pandemie ist die Hygiene ein sehr wichtiger medizinischer Aspekt und erfordert in allen Bereichen wie z. B. Sanitätsstellen, Anhaltezentren sowie in den Arbeitsbereichen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein besonders gründliches Vorgehen.

Ausbildung. „Wir bieten einen eigenen Grundausbildungslehrgang für Polizeiamtsärztinnen und -ärzte sowie Honorarärztinnen und -ärzte an, damit ist bundesweit ein einheitlicher Ausbildungsstandard für den polizeiärztlichen Dienst geschaffen worden“, erklärt Frank-Dastmaltschi. Voraussetzung dafür ist eine abgeschlossene Ausbildung zur Allgemeinmedizinerin/zum Allgemeinmediziner oder einer anderen Fachrichtung. Dieser Lehrgang erfolgt in einer dreitägigen Blockveranstaltung in vier Modulen. Dabei wird neben medizinischen Inhalten sehr spezifisch auf die Tätigkeiten von Polizeiamtsärztinnen und -ärzten eingegangen. Selbst einschlägige juristische Parameter, wie jene des Unterbringungsgesetzes werden im Detail beleuchtet. „Auch Fragen wie: Wo sind die Handlungsgrenzen? Wie können bzw. müssen Hygienevorschriften im Anhaltevollzug eingehalten werden?“, konkretisiert die Chefärztin. Jedenfalls ist die Ausbildung, die von der Österreichischen Ärztekammer mit einer hohen Anzahl an Diplomfortbildungspunkten anerkannt ist, genau auf die Tätigkeit von Amtsärztinnen und -ärzten im Polizeibereich abgestimmt.

Frauen in der Medizin. Im Vergleich zu den restlichen Berufen gibt es in der Medizin in den vergangenen Jahren einen deutlichen Überschuss an Studentinnen. Frauen in der Medizin werden hinsichtlich des Gehaltsschemas nicht benachteiligt und erhalten die gleiche Beurteilung wie Männer. „Aufgrund



Chefärztin Yasmin Frank-Dastmaltschi mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung I/10 (Medizinische und Gesundheitsangelegenheiten) im Bundesministerium für Inneres.

meines medizinischen Wissens und meiner Expertise habe ich auch innerhalb der Behörde immer besondere Wertschätzung erfahren. Es zählen einzig meine Qualifikation und mein persönliches Engagement. Im Haus wäre es wünschenswert, mehr Frauen in Führungspositionen zu sehen. Die gegenseitige konstruktive Zusammenarbeit steht bei Frauen prinzipiell im Vordergrund“, ist Frank-Dastmaltschi überzeugt.

Empathie. „Ich hatte immer eine besondere Empathie für ältere und leidende Menschen, sowie für deren Lebensgeschichte – warum ist ein Mensch krank geworden? Diese Verbundenheit zwischen Körper und Psyche hat mich immer schon sehr interessiert. Als ich im letzten Jahr meiner Schulausbildung war, ich bin ja nicht in Österreich, sondern im Iran aufgewachsen, kam es zu einer Revolution. Dabei musste ich mit meiner Familie das Land verlassen. Zu dieser Zeit habe ich viel Leid gesehen, während der Anfangsphase der Revolution: Menschen wurden auf offener Straße gefoltert, äußerst schwer verletzt und liegengelassen. Das habe ich als Schülerin mit ansehen müssen und dabei das Glück gehabt, durch den Besuch einer deutschen Privatschule, keiner Gefahr ausgesetzt gewesen zu sein. Aber ich habe alles persönlich miterlebt und das hat mich sehr geprägt. Ich kann

mich noch gut erinnern: Wir hatten einen Schulbus-Chauffeur, der mich einmal daran hinderte auszusteigen, als ich den Menschen auf der Straße zur Hilfe eilen wollte. Er sagte, dass ich für diese Leute nichts tun könne und selbst angegriffen werden würde, da ich wie eine Ausländerin aussähe. Der Hass auf Ausländer, insbesondere auf Amerikaner, war zu dieser Zeit enorm ausgeprägt. Der Satz „Du kannst ihnen nicht helfen“ ist bei mir derart hängengeblieben und hat dabei die schon immer vorhandene Empathie noch verstärkt. Im letzten Schuljahr in Wien traf ich dann die Entscheidung, Medizin zu studieren und umzusetzen wonach ich mich schon seit diesen Tagen im Iran berufen fühlte. Ich musste jedoch erst lernen, dass man beim Hilfeleisten nicht unbedacht und spontan handeln soll, sondern als Notärztin primär den Selbstschutz zu beachten hat. Vorkehrungen zur Eigensicherung müssen durch Polizei oder Feuerwehr oft erst getroffen werden, bevor das medizinische Team tätig werden kann. Das musste ich allerdings erst im Rahmen der Ausbildung zur Notärztin lernen“, erzählt die Chefärztin.

„Je älter ich werde, desto mehr erkenne ich, dass ich nur Werkzeuge in der Hand habe und nicht immer Menschenleben retten kann. Es ist aber auch wesentlich, Menschen in einer Zeit, in der sie keinen Ausweg sehen, zu helfen und ihnen Hoffnung zu geben. Es ist

wichtig, ihnen klar zu machen, dass es nur ein Leben gibt, für das wir alle selbst verantwortlich sind. Was man in jungen Jahren damit macht, bekommt man im Alter dann serviert. Mit der Psyche und dem Körper sollte man daher sorgsam umgehen. Mittlerweile kann ich das besser vermitteln, besser zuhören und je nach Leidensart helfen“, berichtet Frank-Dastmaltschi.

Ihre nächsten Vorhaben als Chefärztin des BMI betreffen unter anderem auch die LPD Wien, da dort ein dringender Bedarf an Polizeiamtsärztinnen und -ärzten gegeben sei. Durch die Schaffung von Teilzeitverträgen, mit unterschiedlichem Beschäftigungsausmaß, soll dieser Beruf für Ärztinnen mit Familie attraktiver gemacht werden. Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei ihr ein persönliches Anliegen.

Ihre Botschaft an die nächste Generation lautet: „Wenn Sie gefragt werden, ob Sie eine Führungsposition annehmen möchten, sagen Sie ja. Denken Sie nicht allzu viel darüber nach. Zweifel Sie nicht an sich, sondern gehen Sie mit Selbstbewusstsein und Freude auf die neue Aufgabe zu. Ich spreche aus persönlicher Erfahrung, denn auch ich musste erst davon überzeugt werden. Wir Frauen müssen uns von innen her stärken um die Wertschätzung von außen annehmen zu können.“

Nicole F. Antal

Messen, prüfen, reparieren

Frauen übernehmen in der Polizei immer mehr technische Aufgaben. Sie arbeiten bei der Flugpolizei, der Verkehrspolizei, in der Kriminal- oder Informationstechnik.

Die Luftfahrzeugtechnikerinnen Michaela Hittinger, Magdalena Rathgeber und Martina Schlemmer arbeiten seit 2020 bei der Flugpolizei des Innenministeriums. Sie erledigen unter anderem Wartungsarbeiten an Hubschraubern, inspizieren Ölkühler, setzen Komponenten von Hubschraubern instand oder überprüfen die Funktion von technischen Geräten. Ihre Kollegin Andrea Pollak ist seit mehr als zehn Jahren in der Verwaltung der Luftfahrzeugersatzteile tätig und ist das Bindeglied zu den Luftfahrzeugtechnikerinnen.

Praktikum in Neuseeland. Michaela Hittinger ist bei der Flugpolizei für Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten für alle Hubschrauber zuständig, die im Einsatz des Innenministeriums stehen. „Wir müssen mit absoluter Genauigkeit arbeiten und darauf achten, dass wir die höchst mögliche Sicherheit einhalten, damit ein störungs- und unfallfreier Dienstbetrieb gewährleistet werden kann“, sagt sie. Hittinger besucht die Bundesfachschule für Flugtechnik in Langenlebar, die sie nach vierjährigem Studium abschloss. Im Juni 2015 absolvierte sie ein viermonatiges Praktikum in einem Wartungsbetrieb in Neuseeland, „wo ich viel lernte und auch meine Englischkenntnisse festigen konnte“. Im Februar 2016 kam sie zur Flugpolizei des Innenministeriums. „Seither absolviere ich zahlreiche Kurse und Fortbildungen, um die Wartungslizenzen und hubschrauberspezifischen Eintragungen zu erlangen“, betont sie. „Diese sind notwendig, um die Instandhaltungsarbeiten an den Polizeihubschraubern vornehmen zu dürfen.“ Im Oktober 2019 erweiterte sie ihre Ausbildung mit der Berufsreifeprüfung. Sie entschied sich aus verschiedenen Gründen für eine Tätigkeit bei der Flugpolizei: „Vorrangig zählte das interessante Aufgabengebiet sowie die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung in der Flugtechnik.“ Auch die Genauigkeit, mit der man arbeiten muss, habe ihre Entscheidung bestätigt, sich für die Stelle im Innenministerium zu bewerben.



Petra Ratzenböck, Verkehrspolizistin in Oberösterreich.

Technikbegeisterung vom Vater.

Auch Martina Schlemmer absolvierte die Bundesfachschule für Flugtechnik in Langenlebar. Von Oktober 2018 bis März 2020 arbeitete sie als Produktionsmitarbeiterin im sogenannten „Cleanroom“ (feinstaubfreier Bereich) einer Firma. Am 1. April 2020 kam sie als Hubschraubertechnikerin zur Flugpolizei. „Mein Aufgabenbereich deckt sich mit jenem meiner Kolleginnen“, sagt sie und ergänzt: „Aufgrund des Berufes meines Vaters, der Kfz-Techniker ist, habe ich mich schon als Kind für technische Dinge interessiert. Und das Interesse für Flugtechnik wurde in Gesprächen mit Bekannten meiner Eltern geweckt.“ Sie habe sich für die Schule in Langenlebar entschieden, weil es in Österreich nicht so viele Ausbildungen für Flugtechniker gebe und dort großer Wert auf praktische Ausbildung gelegt werde. „Gerade das kommt meiner derzeitigen Tätigkeit besonders zugute.“

Andrea Pollak begann 1990 bei der *Österreichischen Post AG* in der Abteilung Hochbau zu arbeiten. 2010 fasste sie den Entschluss, zur Polizei zu wechseln. „Ich war anfangs als Unterstützung in einer Polizeiinspektion vorgesehen, wurde aber wegen meines eigentlichen Berufs Großhandelskauffrau von der Flugpolizei als Unterstützung der Material- und Inventarverwaltung ‚ein-

gefangen‘.“ Als erste Frau in der Technik sei ihr als Nichttechnikerin die Einschulung im technischen Bereich der Flugpolizei leichtgemacht worden, betont sie. „Meine Kollegen haben damals viel Geduld mit mir gehabt.“ Sie gehe sehr gerne zur Arbeit, hebt sie hervor, „weil ich mich im Magazin der Flugpolizei, wo ich arbeite, sehr wohl fühle und ich für meine drei ‚Techniker-Mädels‘ auch irgendwie die Mama bin.“

Schwerverkehrskontrollorgan. „Zunächst wollte ich gar nicht Polizistin werden, sondern Hebamme. Es hat sich eher zufällig ergeben, dass ich ausgerechnet beim Schwerverkehr gelandet bin“, sagt Inspektorin Sophia Maier, die in der Autobahnpolizeiinspektion (API) Bludenz als Verkehrspolizistin Dienst versieht. „Als ich durch ein Plakat mit der Aufschrift ‚Bewirb dich!‘ auf den Beruf aufmerksam geworden bin, habe ich mich gleich beworben.“ Während der Polizeigrundausbildung 2020 absolvierte Maier verschiedene Praktika, darunter eines bei der Verkehrspolizei in der API Bludenz. Die Tätigkeit als Verkehrspolizistin hat ihr gefallen, sodass sie sich für diese Dienststelle entschieden hat. Der Rayon der API Bludenz umfasst die Gebiete vom Arlbergtunnel an der Grenze zu Tirol bis hin zum Ambergtunnel bei Feldkirch.

Zu Maiers Aufgaben gehört unter anderem die Kontrolle des Schwerverkehrs. „Bei Lkw-Unfällen ist es notwendig, dass der betroffene Lkw aus dem Verkehr geleitet wird“, sagt sie. „Anschließend werden die Dokumente, das Gewicht sowie die Daten von Fahrer und Fahrzeug überprüft. Das Ergebnisprotokoll wird dann dem Fahrer mitgegeben, damit dieser einen Nachweis für etwaige weitere Kontrollen über einen gewissen Zeitraum hinweg vorweisen kann. Sollte allerdings ein schwerer Mangel am Fahrzeug vorliegen, wird die Weiterfahrt bis zu dessen Behebung untersagt.“ Lenker, die von der 22-jährigen Polizistin kontrolliert werden, nehmen oft an, dass sie als Frau kaum über technisches Wissen verfügt. „Im Laufe der Kontrolle kann ich sie aber vom Gegenteil überzeugen“, sagt

Maier. Dabei wird sie voll und ganz von ihren Kollegen und Kolleginnen unterstützt, dieser Rückhalt ist ihr sehr wichtig. Außer ihr sind noch fünf Polizistinnen auf dieser Inspektion als ausgebildete Schwerverkehrskontrollorgane tätig, die Tendenz steigt allmählich.

Zivilstreife und Abstandsmessung.

„Als ich 26 Jahre alt war, habe ich die Entscheidung, getroffen, nicht länger in einem Büro vor einem Computer zu sitzen, sondern in den Polizeidienst zu wechseln. Bis dahin bin ich als Bilanzbuchhalterin bei einem Steuerberater tätig gewesen“, sagt Revierinspektorin Petra Ratzenböck. „Mein Vater ist auch bei der Verkehrspolizei gewesen, so habe ich den Beruf schon früh kennenlernen können. Durch ihn habe ich einen Einblick aus nächster Nähe in das äußerst spannende Berufsfeld erhalten und habe gewusst, dass das auch etwas für mich ist.“ Nach der Polizeigrundausbildung versah Ratzenböck zwei Jahre Streifendienst und belegte Kurse, die speziell auf die Tätigkeit der Verkehrspolizei ausgerichtet waren.

Zu Petra Ratzenböcks Aufgaben gehören die Abstandsmessung und der Zivilstreifendienst auf Autobahnen und Schnellstraßen. Bei der Abstandsmessung werden ein Fahrzeug mit Abstandsmessgeräten und zusätzlich bis zu drei oder vier Kameras auf einer Brücke über der Autobahn aufgestellt, um einen guten Überblick des Messumfeldes zu haben. „Diese Kameras helfen dabei, die Fahrbahn aus mehreren Perspektiven im Auge zu behalten, damit im Fall einer Übertretung Lenker und Auto-kennzeichen so gut wie möglich sichtbar sind“, erklärt die Beamtin, die seit zehn Jahren bei der Landesverkehrsabteilung der LPD Oberösterreich arbeitet, einem noch eher männlichen Umfeld: In der Verkehrsabteilung sind überwiegend Männer tätig, drei Frauen vertreten das andere Geschlecht. Bei der Zivilstreife wird nach Geschwindigkeitsüberschreitungen, Telefonaten am Steuer bzw. nach Suchtgiftenkern Ausschau gehalten. „Für die Überprüfung von Drogen am Steuer gibt es gute und praktische Methoden, die auch direkt unterwegs angewendet werden können, Etwa Speichel- und Urinproben können vor Ort ausgewertet werden, das stellt eine große Erleichterung für den Arbeit-salltag dar“ wie etwa die Feststellung spezifischer Symptome, einfache sensorische Testungen oder die Über-



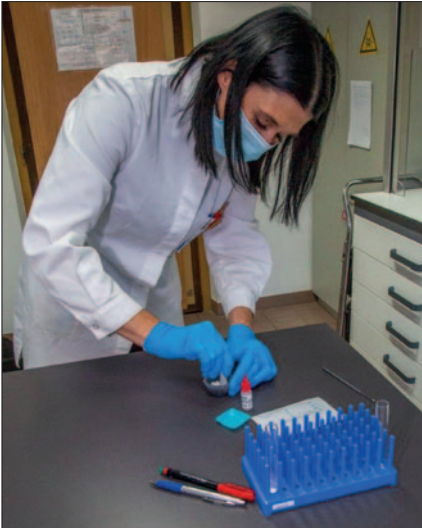
Luftfahrzeugtechnikerinnen der Flugpolizei: Martina Schlemmer, Michaela Hittinger, Magdalena Rathgeber; Andrea Pollak, Material- und Inventarverwaltung.

prüfung des Speichels“, erklärt die dafür besonders geschulte Verkehrspolizistin. Die Arbeit in der Verkehrsabteilung sei abwechslungsreich, man müsse gut und gerne Auto fahren.

EDV-Expertin. Corinna Lang ist Sachbearbeiterin in der Logistikabteilung der Landespolizeidirektion (LPD) Wien und dort im Referat für technische Koordination und Support tätig. Lang ist in Wien aufgewachsen und absolvierte die HTL Ottakring mit dem Hauptzweig Informationstechnik. Vor Ihrer Tätigkeit bei der LPD Wien war sie im Verkauf tätig. 2014 wechselte sie zur LPD Wien – zunächst in der Personalabteilung als Verwaltungspraktikantin, später als Vertragsbedienstete. Nach einiger Zeit war Lang in die Organisation einer Schulung involviert, bei der sie mit Bediensteten der Logistikabteilung zusammenarbeitete. Dies funktionierte so gut, dass sie mit dem ehemaligen Abteilungsleiter ins Gespräch kam und es folgenderweise zu einem Dienststellenwechsel ins Referat für EDV-Angelegenheiten der Logistikabteilung kam. „Es ist eine spannende neue Aufgabe für mich gewesen, ich bin dabei mit sehr vielen Dienststellen der LPD in Kontakt gekommen“, sagt Lang. Sie rückte aus, um in Dienststellen bei PC- und Druckerproblemen zu helfen oder um beispielsweise neue BAKS-Geräte aufzusetzen. Auch die Handyverwaltung fiel in diesen Bereich. An anderen Tagen hatte sie Sup-

port-Dienst von ihrem Büro aus geleistet. Mit Beginn der Corona-Pandemie startete die Ausgabe von mobilen BAKS-Geräten – das war eines der aufregenden, aber auch fordernden Großprojekte in ihrem Referat. Auch ungewöhnliche Arbeitsaufträge erwarten Lang immer wieder: „Spinne im Monitor vergraben“ – auch solche Schwierigkeiten löst die EDV-Abteilung gekonnt. Kürzlich ist Lang abteilungsintern in das Referat für technische Koordination und Support gewechselt. Die Arbeit hierbei ist weniger „hands-on“ und vor Ort, dafür eher von strategischer Natur. Sie findet diesen Wechsel sehr gelegen und freut sich auf die neuen Herausforderungen. Ihre neuen Hauptaufgaben sind die Verwaltung von SIM-Karten (Tarife, Verträge, Kosten, Auskünfte) und Diensthandys. Hierbei betreut sie mit anderen Kollegen den MPK-Support. Künftig werden nach einer Einschulungsphase auch weitere Aufgaben auf Corinna zukommen. Allgemein freut es Lang, dass in letzter Zeit mehr Kolleginnen im EDV-Bereich der LPD ihren Dienst antreten. Insbesondere in den letzten Monaten gab es eine starke Aufstockung des weiblichen Personals.

Leiterin des Suchtmittelabors. Nicole Feichtinger ist Leiterin des kriminaltechnischen Suchtmittelabors des Landeskriminalamts in Tirol. Ihre Aufgabe ist es, Suchtmittelsubstanzen sowie Vorläuferstoffe zu untersuchen, neue psychoaktive Substanzen sowie



Nicole Feichtinger, Leiterin des Suchtmittellabors des LKAs Tirol.

verbotene Medikamente zu identifizieren. Zunächst werden die zu untersuchenden Substanzen von der Polizei sichergestellt und an das Labor übermittelt. Dort muss dann von Feichtinger in einem ersten Schritt erkannt werden, ob es sich um eine verbotene Substanz handelt und – wenn das der Fall ist – in einem zweiten Schritt die genaue Substanz identifiziert werden.

Der Beruf ist für die Tirolerin aufgrund des Abwechslungsreichtums interessant. „Es passieren viele verschiedene Sachen, immer wieder tauchen neue Trends und neue Substanzen auf“, sagt sie. Auch ständige Fortbildung in dem Bereich ist wichtig. Nicole Feichtinger absolvierte eine Lehre zur Chemielabortechnikerin an der Universität Innsbruck. Ein grundsätzliches Interesse an der Polizei hat bei ihr immer schon bestanden, allerdings wusste sie anfangs nicht recht, ob sie mit ihrer Ausbildung für eine Karriere in der Polizei in Frage kommen könnte. Durch Zufall ist sie auf die Kriminaltechnik gekommen und hat eine Initiativbewerbung an die LPD Tirol abgeschickt. Es war eine Stelle frei und Feichtinger begann als Vertragsbedienstete in der Funktion einer Suchtmittelsachbearbeiterin im kriminaltechnischen Suchtmittellabor des LKAs Tirol. Seit 2005 ist sie Leiterin des Labors. Besonders spannend fand sie den ersten Besuch in einem illegalen Labor im Rahmen von Ermittlungen. Es sei immer hochinteressant herauszufinden, welches Wissen sich die Personen vor Ort aufgebaut haben. „Anfangs weiß man nicht immer, womit man es zu tun hat: Handelt es sich um ein illegales Suchtmittellabor



Corinna Lang, EDV-Expertin in der Landespolizeidirektion Wien.

oder wird dort zusätzlich oder auch Sprengstoff hergestellt?“ Auch eine gute Gesprächsbasis mit dem Laborbesitzer bei der Durchsuchung sei wichtig, um etwaige Gefährdungen der einschreitenden Beamten und auch des Besitzers zu vermeiden.

Kriminaltechnikerin. Ing. Petra-Brigitte Marschner ist Mitarbeiterin des Referats für Biologie und Mikroskopie in der Kriminaltechnik des Bundeskriminalamts. Marschner absolvierte ein dreijähriges Kolleg für Biochemie, Bio- und Gentechnologie an der Höheren Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt Rosensteingasse in Wien, arbeitete danach als chemisch-technische Assistentin in der proteinbiochemischen Grundlagenforschung im Institut für Molekulare Genetik in Wien und im Institut für Milchhygiene in der Forschung im Bereich der Lebensmittelsicherheit, ehe die Innviertlerin 2007 ins Bundeskriminalamt wechselte. Nachdem die Mikroskopie schon immer ihre Passion war und das Bundeskriminalamt nicht nur ein interessantes und abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld bietet, sondern sich im Fachbereich der Biologie und Mikroskopie auch die Möglichkeit ergibt, neue Untersuchungsmethoden zu erarbeiten und zu erproben, stand der weitere Berufsweg fest. „Man muss sagen, dass unsere Arbeit deutlich „unbiologisch“ ist, als der Referatsname verrät. Ich mache tatsächlich ab und an zum Beispiel morphologische Pflanzenbestimmungen oder versuche, von einem Haar auf eine Tierart zu schließen, den größten Teil meiner Arbeitszeit verbringe ich aber vor dem Rasterelektronen-

mikroskop“, erklärt Marschner. Damit kann die Ingenieurin Schmauchspuren analysieren. Ein weiteres Arbeitsinstrument ist das Hochleistungsmikroskop, mit dem Textilfasern genau untersucht werden können. Eine Faser wird zwar immer gleich untersucht, ganz gleich, ob sie von einem spektakulären Mord oder einem Bagatelldelikt stammt, aber es ist die Abwechslung, die Marschner an ihrer Arbeit besonders schätzt. „Laborarbeit besteht immer viel aus Routine, aber was ich wie und mit welcher Methode am besten herausfinden kann, das bringt Abwechslung in die Arbeit, die man sonst im naturwissenschaftlichen Bereich nicht immer hat“, betont Marschner.

So zählt nicht nur die Laborarbeit zu ihrem Tätigkeitsfeld, sondern auch das Erstellen eines Untersuchungsberichts und gelegentliche Gerichtstermine machen den Arbeitsalltag abwechslungsreich. Besonders diese Delikte, die sie bis zur Gerichtsverhandlung begleitet hatte, blieben ihr in Erinnerung. „Ich bin sogar schon vor ein deutsches Gericht geladen worden: Als bei einem Mord in Deutschland die Leiche in Tirol abgelegt wurde und nur durch Zufall bei der Suche nach einem Bären gefunden wurde, durfte ich die gesicherten Beweise untersuchen“, erklärte die Kriminaltechnikerin. Durch ihre Arbeit konnte sie zur Verurteilung des Täters beitragen. Aber nicht nur aufregende gelöste Fälle blieben ihr in Erinnerung, sondern auch die ungelösten, die oft jahrelang Rätsel aufwerfen, wie einer ihrer ersten Morde, den sie bearbeitete.

*Nicole F. Antal/Albert Mück
Reinhard Leprich/Romana Tofan*



Verena Egartner, Hochalpinistin und Polizeibergführerin, arbeitet in der Polizeiinspektion St. Anton am Arlberg.



Lisa-Maria Unterberger: Videoredakteurin im Social-Media-Team der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums.

Boote, Berge, Kameras

Alpinpolizistin, Kriminalpsychologin und Verhandlerin, Schiffsführerin, Videoredakteurin: In ursprünglich männlich dominierten Bereichen der Polizei arbeiten zunehmend Frauen als Expertinnen.

Privates Interesse am Bootfahren war einer der Gründe, warum sich Revierinspektorin Sarah Knippitsch für eine Stelle bei der Wasserpolizei in Wien bewarb. „Wir haben unsere Familienurlaube oft am Meer verbracht, da habe ich Grundlegendes lernen können, etwa wie man ein Boot startet und fährt, welche Signale man beachten muss, diverse Fachbegriffe“, schildert die Polizistin, die seit Februar 2020 bei der Wasserpolizei am Handelskai nahe der Reichsbrücke tätig ist; davor versah sie Exekutivdienst im achten Bezirk in Wien.

„Hauptsächlich sollte man die unterschiedlichen Motoren unserer Boote handhaben können. Wie sind sie zu starten, was macht man bei einem Motorausfall, was könnten die Ursachen dafür sein?“ Insbesondere schiffsbau-technische Grundkenntnisse, Schiffsführung, Ankermanöver und Sicherheitseinrichtungen an Bord erwerben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserpolizei bei der nautischen Ausbildung für das Schiffsführerpatent auf Seen, Flüssen und Wasserstraßen. Seit ungefähr zwei Jahren gehört die Wiener Wasserpolizei der Landesverkehrsabteilung an, „somit fällt neben der grenzpolizeilichen und nautischen Aufgabenwahrnehmung auch sicherheits- verkehrs- und kriminalpolizeilicher Außendienst in meinen Tätigkeitsbereich“, sagt Knippitsch. Sie ist eine von vier Frauen bei der Wasserpolizei.

Zu den Aufgaben der Wasserpolizei gehören noch der Streifen- und Überwachungsdienst mit Booten auf der Donau, Alten Donau, Neuen Donau sowie auf dem Donaukanal. Die Hauptsaison der Sportbootfahrer findet von April bis Oktober statt. Vor allem der Donaukanal ist an schönen Tagen hochfrequentiert. „Viele Menschen nutzen das schöne Wetter, um am Kanal zu feiern. Da müssen wir auch auf die Einhaltung der Corona-Regeln achten“, berichtet Knippitsch. Weiteres wurden auf der Donau aufgrund der Corona-Pandemie wieder die Grenzkontrollen für die Großschifffahrt eingeführt. Neben den grenzpolizeilichen Bestimmungen überprüfen wir auch die gesundheits- und sanitäts-polizeilichen Maßnahmen im Sinne der Covid-Maßnahmenverordnung nach dem Epidemiegesetz. Bei der Wasserpolizei in Wien sind vorrangig männliche Kollegen an Bord. „Ich vermute, das ist deshalb so, da die technische Schiene mehr im Vordergrund steht“, sagt Knippitsch. Für diesen Beruf sei das Interesse jedenfalls ganz wichtig, daher sollte man als Frau Mut fassen und sich trauen.

Alpinpolizistin. „Sobald etwas im alpinen Gelände passiert, werden wir gerufen. Dabei kann es sich um Personen handeln, die sich verletzen oder verirren, um abgängige oder flüchtige Personen. Wenn Menschen verunfallen oder in eine alpine Notlage geraten, dann er-

folgt oft ein gemeinsamer Einsatz mit der Bergrettung“, erläutert Verena Egartner ihre Aufgaben als Alpinpolizistin.

Das Hauptaufgabengebiet besteht in der Unfallerkundung: Wenn ein Kollisionsunfall – eine fahrlässige Körperverletzung – passiert, werde ich oder der diensthabende Alpinist sofort von der Pistenrettung darüber in Kenntnis gesetzt. Auch bei Unfällen außerhalb der präparierten Skipisten werden wir gerufen. Das Strafgesetz hört nicht oberhalb der Waldgrenze auf. Somit müssen wir jedem Unfall nachgehen, der im alpinen Gelände passiert“, schildert die Tirolerin, die seit 2008 in der Polizeiinspektion St. Anton am Arlberg tätig ist. „Ich habe das Glück gehabt, dass in meiner Dienststelle ein Platz bei den Alpinisten frei gewesen ist. Da habe ich mein Interesse für diesen Job bei meinem Chef bekundet. Zunächst hat mich der alpine Einsatzleiter etwas misstrauisch beäugt, dann bin ich aber doch in die alpine Einsatzgruppe aufgenommen worden“, schildert Egartner.

Sie hat vier Kurse zur Alpinistin absolviert und weitere vier Kurse zur Hochalpinistin, bei letzterem muss Führungsarbeit geleistet werden. „2011 habe ich die Ausbildung zur Hochalpinistin abgeschlossen und habe mich immer mehr in das Alpinwesen vernarrt, sodass ich von 2017 bis 2018 die Ausbildung zur Polizei-Bergführerin absolviert habe“. Ein weiterer Schritt für die



Streifendienst auf den Gewässern Wiens: Sarah Knippitsch, Schiffsführerin bei der Wasserpolizei.

Alpinpolizistin war dann die zivile Bergführer-Ausbildung, die sie am 1. Juli 2020 abschloss.

Die Alpinausbildung währt gleich nach der Pilotenausbildung bei der Flugpolizei von der Dauer her am Längsten. Es dauert mindestens vier Jahre, bis man alle Module der Alpinausbildung absolviert hat. „Man sollte für diesen Beruf wirklich großes persönliches Interesse zeigen und in allen Bereichen gut aufgestellt sein. Der körperliche Einsatz bringt einen oft ans Limit. Wir haben zwei Einsatzübungen im Jahr, die jeweils vier Tage dauern und im Sommer und Winter stattfinden. Dabei wird auch die neueste Bergrettungstechnik durchgegangen und sämtliche andere Neuerungen besprochen und geübt. Die Gefahr ist allgegenwärtig, deswegen muss man bestens vorbereitet und eingeübt sein“, gibt Egartner zu bedenken.


Verena Egartner war die erste Frau im Bezirk Landeck, die sich zur Alpinpolizistin ausbilden ließ. „Mittlerweile sind wir in unserer Einsatzgruppe zwei Frauen. Im Bezirk haben sich sonst noch weitere drei Frauen für die Unfalherhebungen auf der Piste gemeldet – sogenannte Alpin-Piste-Beamtinnen“. Dafür gibt es einen Kurs mit lawentechnischer Einschulung. Tirol- und österreichweit überwiegt die Anzahl der Männer in den alpinen Einsatzgruppen. „Die Bearbeitung von Unfällen kann sehr aufwendig und belastend sein. Man sollte also nicht zu zart besaitet sein.“

Videoredakteurin. „Bei uns in der Videoredaktion ist kein Tag wie der andere“, sagt Lisa-Maria Unterberger. „Ist eine Pressekonferenz geplant, zeichnen wir sie auf – sie wird auch auf Facebook live übertragen. Wir begleiten den Innenminister bei Terminen, wenn er zum Beispiel Ausrüstungsgegenstände übergibt, eine Dienststelle des Innenministeriums besucht oder dergleichen. Wenn ein Skype-Interview mit einem Medium ansteht, wird dieses ebenfalls von uns aufgezeichnet“, schildert Unterberger, seit 2020 Videoredakteurin im Social-Media-Team der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums. Einen typischen Tag würde sie in drei Phasen aufteilen: Die erste Phase ist die Vorbereitung – gehen wir live oder nicht? Wie sehen die Lichtverhältnisse am Drehort aus? Je nachdem benötigen wir unterschiedliches Equipment, das rechtzeitig zusammengepackt gehört. In der zweiten Phase wird das bestmögliche Bildmaterial gesammelt. In der dritten Phase wird das Equipment wieder verstaut und das Bildmaterial wird gesichtet, aussortiert und zu einem Video zusammengeschnitten.“

Das Angebot, im Videoteam des Innenministeriums mitmachen zu dürfen, kam für die Niederösterreicherin gerade im rechten Augenblick. Sie hatte im November 2019 ihr Studium an der FH St. Pölten abgeschlossen und sich daraufhin an der Universität Wien für Theater-, Film- und Medienwissenschaften eingeschrieben. Nebenbei war sie auf Jobsuche. Dann kam die Coro-

na-Pandemie. „Beim Bachelor-Studiengang Medienmanagement in St. Pölten haben mich vor allem die kreativen Fächer motiviert“, sagt Unterberger. Darunter „alles, was mit Filmaufnahmen zu tun hat“. Egal ob bei Studententfilm-Projekten oder im Campus-Radio, bei diesem Thema sei sie richtig aufgegangen. „Da wurde mir auch klar, dass ich so eine Arbeit mal zu meinem Beruf machen möchte.“ Praxiserfahrung hat sie bei Praktika beim Radio Niederösterreich gesammelt, wo sie Meinungsumfragen zusammengestellt hat, in der Öffentlichkeitsarbeit der LPD Niederösterreich oder beim Radiosender Ö1, „da habe ich zahlreiche Nachrichtentexte verfasst und eine Sprecherausbildung erhalten“. In der Videoredaktion sei sie ein Huhn im Hahnenstall. „Ich verstehe mich sehr gut mit meinen Kollegen und aus meiner Sicht sind wir auch ein gut eingespieltes Team. Oft fühle ich mich wie die kleine Schwester. Der Grund liegt aber nicht daran, dass ich die einzige Frau bin, sondern eher, weil ich das jüngste Mitglied innerhalb der Videoredaktion bin.“

Kriminalpsychologin und Verhandlerin. „Mein Interesse galt immer schon dem abweichenden Verhalten von Menschen und den Hintergründen, die zu einem straffälligen Verhalten führen. Die verschiedenen Denk- und Verhaltensweisen beziehungsweise die dahinterstehenden Theorien und Mechanismen sind jedes Mal andere, was die Arbeit so interessant gestaltet“, erklärt MMag. Nicole Lang, Leiterin des Büros Kriminalpsychologie und Verhandlungsgruppen im Bundeskriminalamt. Während des Psychologiestudiums erkannte die Oberösterreicherin recht schnell, dass sie vor allem die Fragen nach dem „Warum hat sich der Täter so verhalten?“ und „Was führte den Täter zu dieser Handlung?“ sehr stark interessierte, weshalb sie Praktika in Justizanstalten und Psychiatrien absolvierte. Das Wahlfach Strafrecht und Kriminologie bestärkte sie, den Fachbereich weiter zu verfolgen. Den Schwerpunkt auf die Bereiche von klinischen Erkrankungen und abweichendem Verhalten gelegt, folgte die Ausbildung zur klinischen Gesundheitspsychologin, mit dem Betreuungsschwerpunkt drogenabhängige Straftäter. 2006 trat Lang die Stelle als Psychologin für das Anhaltewesen im BMI in der Abteilung II/1 an. Durch den unweigerlichen Kontakt mit



Rechtsvorschriften, beschloss die Psychologin zusätzlich das Studium der Rechtswissenschaften zu absolvieren. 2016 erfolgte ihr Wechsel ins Bundeskriminalamt, wo sie neben dem Fachbereich Kriminalpsychologie für die Verhandlungsgruppen der Polizei zuständig ist. „Als Leiterin der Verhandlungsgruppen ist jeder Arbeitstag anders und abwechslungsreich und es läuft nichts schematisch ab. Das war mir besonders wichtig“, sagt sie. Jeder Einsatz ist anders und muss individuell behandelt werden. Die Herausforderung ist, dass mit Menschen, die sich in Krisensituationen befinden, gearbeitet wird und prekäre, sicherheitspolizeiliche Lagen und Situationen gewaltfrei gelöst werden sollen.

Der Einsatz der Verhandlungsgruppe ist bei schwierigen sicherheitspolizeilichen Lagen vorgesehen, wie etwa bei Geisellagen, Erpressungen, Entführungen oder Androhungen von Selbstmorden. Verhandeln bedeutet, dass das polizeiliche Gegenüber emotional stabilisiert wird und gemeinsam auf eine gewaltfreie und unblutige Lösung der Situation hinarbeitet. „In Lagen, in denen die Verhandlungsgruppe zum Einsatz kommt, ist meist das Gleichgewicht des Täters aus den Fugen geraten. Die Aufgabe des Verhandlers ist, eine gewaltfreie Bewältigung der Situation zu erzielen und somit die Gefahr für alle Beteiligten zu reduzieren sowie Spannungen des Täters abzubauen“, erläutert Lang. 2020 rückten die fünf regionalen Verhandlungsgruppen und die Verhandlungsgruppe BMI, die Lagen mit Auslandsbezug behandeln, insgesamt 156-mal aus. „Man erinnert sich an jeden Einsatz und es macht jedes Mal Freude, wenn ein Einsatz für beide Seiten gewaltfrei gelöst wurde“, sagt Lang.

Operative Fallanalyse. In Langs Aufgabengebiet fällt auch die Operative Fallanalyse (OFA). Die OFA ist ein wichtiges kriminalistisches Werkzeug. Es wird dazu genutzt, das Fallverständnis bei Tötungs- und sexuellen Gewaltdelikten oder anderen geeigneten Fällen von besonderer Bedeutung auf der Basis objektiver Daten und umfassender Informationen zum Opfer mit dem Ziel zu vertiefen, um ermittlungsunterstützende Hinweise zu erarbeiten. Nicole Lang ist weiters für diverse Ausbildungen zuständig.

Nicole F. Antal/Romana Tofan

Beobachten, aufklären

Renate Lanzenbacher ist Drohnen-Rechtsexpertin beim EKO Cobra/DSE, Sandra Goldberger hat in ihrer Tätigkeit in der Einsatzabteilung des Bundesministeriums für Inneres mit Drohnen zu tun.

Mit Drohnen beschäftige ich mich, seit ich 2017 zum EKO Cobra/DSE gekommen bin“, sagt Mag. Renate Lanzenbacher, die derzeit einzige Drohnen-Pilotin für Sonderlagen innerhalb des Bundesministeriums für Inneres. „Die Cobra setzt Drohnen zur Erkundung und Aufklärung bei der Terrorismusbekämpfung oder im Kampf gegen organisierte Kriminalität ein.“ International hat das EKO Cobra einen ausgezeichneten Ruf bei der Verwendung von Drohnen.

Im ATLAS-Verbund der europäischen Spezialeinheiten initiierte das EKO Cobra/DSE 2015 das Projekt „Drones“. Es wird seither auch vom EKO Cobra/DSE geleitet und hat sich zum Forum „Innovation“ entwickelt, wo sich zehn europäische Spezialeinheiten neben Drohnen und Drohnenabwehr auch mit künstlicher Intelligenz wie Robotern beschäftigen. Seit rund 15 Jahren wird bei der Cobra das Know-how im Zusammenhang mit Unmanned Aerial Vehicles (UAV), wie Drohnen im Fachjargon genannt werden, aufgebaut, seit rund 10 Jahren auch im Bereich der Abwehr von „Unfriendly Drones“.

Renate Lanzenbacher, gebürtige Niederösterreicherin, begann ihre BMI-Karriere 1999, nach der Matura, bei der Bundesgendarmerie. Ein Job bei der Exekutive versprach Spannung und Vielseitigkeit. Dass sie das Risiko nicht scheut, hatte Lanzenbacher schon unter Beweis gestellt, als sie mit 16 bei der freiwilligen Feuerwehr eintrat: „Damals gehörten meine Nachbarin und ich zu den ersten Frauen, die in Österreich Einsätze und Feuerwehretwettkämpfe bestritten haben.“ Nach der Ausmusterung versah Lanzenbacher Dienst in ihrem Heimatbundesland, 2005 wurde mit der Wachkörperzusammenlegung aus der Gendarmin eine Polizistin. Herausforderungen suchte sie auch weiterhin: Von 2010 bis 2013 gehörte sie zu einer Handvoll



Renate Lanzenbacher, Drohnenpilotin beim EKO Cobra/DSE.

Frauen bei der Polizei, die Charter-Ab-schiebungen begleiteten. „Das waren durchaus sensible Einsätze, die Zusammenarbeit im Team, auch mit Ärzten oder dem Menschenrechtsbeirat, war aber immer sehr gut.“ Die verschiedenen Rechtsmaterien im Polizeidienst weckten in Lanzenbacher das Interesse an einem Jusstudium: In Mindestzeit schloss sie dieses ab, sehr zur Überraschung ihres beruflichen Umfelds: „Von meinen Kollegen wusste niemand, dass ich als Hobby Jus studiere.“ Für die frisch graduierte Magistra eröffnete sich 2013 die Möglichkeit einer Tätigkeit als Referentin im Ministerratsdienst der Rechtssektion im BMI. 2015 wechselte sie als stellvertretende Abteilungsleiterin in die Budget-Controlling-Abteilung der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, mit April 2017 kam sie zur DSE nach Wiener Neustadt und wurde dort Leiterin des ATLAS-Exekutivbüros. Seit 2017 nimmt Österreich, vertreten durch das EKO Cobra/DSE, den Vorsitz im ATLAS-Verbund wahr und am 1. Juli 2021 geht der „Chair“ auf die Slowakei über. „Im ATLAS-Exekutivbüro habe ich laufend Kontakt mit 38 verschiedenen Sondereinheiten in Europa, der Europäischen Kommission und Europol und bin neben organisatorischen Angelegenheiten auch für das gesamte ATLAS-Budget zuständig.“

Schon kurz nach Übernahme der neuen Aufgabe bei der DSE kam sie erstmals mit Drohnen in Berührung.

„Der Fachbereichsleiter für Sondereinsatztechnik, Ing. Thomas Vahrner, ist mit seinem Team mit juristischen Fragen zu Drohnenbewilligungen und für das EKO Cobra erforderlichen Ausnahmen vom Luftfahrtgesetz an mich herangetreten. Gerade beim Thema Drohnen hängen Recht und Technik sehr eng zusammen.“ Lanzenbacher erwirkte mit der *Austro Control* Adaptierungen in den Drohnen-Bewilligungsbescheiden und brachte den Vorschlag für eine Änderung

im Luftfahrtgesetz beim zuständigen Ressort ein. Der Vorschlag, der zwischenzeitig in einen Novellierungsentwurf eingearbeitet wurde und in absehbarer Zeit den parlamentarischen Prozess durchlaufen soll, würde nicht nur einen praktikablen Einsatz von Drohnen beim EKO Cobra/DSE, sondern bei allen Dienststellen des BMI ermöglichen. Durch die Kombination aus rechtlichem und praktischem Wissen, gepaart mit ihrer früheren polizeilichen Berufserfahrung, wurde Lanzenbacher zur gefragten Ansprechpartnerin und Vortragenden auf Workshops und Konferenzen.

Im Herbst 2020 startete das EKO Cobra/DSE den ersten eigenständigen Drohnen-Grundausbildungslehrgang für alle Arten von Drohnen mit einem besonderen Schwerpunkt auf Sonderlagen, Szenarien mit anderen Einsatzkräften und einer bislang einzigartigen Nachflugausbildung. Seit Abschluss des Lehrgangs ist Renate Lanzenbacher die erste Frau im BMI, die als UAV-Pilotin sämtliche Drohrentypen bei Tag und Nacht fliegen darf und zudem berechtigt ist, Drohnenabwehrsysteme zu bedienen. „Ich bin nie belächelt worden, dass eine Frau sich für Drohnen interessiert und sie auch fliegen kann.“ Um diese Fähigkeiten zu trainieren, nützt sie jede Gelegenheit – sowohl privat, als auch im Rahmen von Übungen im Cobra-Hauptquartier. „Praxisflüge sind wichtig, die Drohrentechnik ist schnelllebig und

man muss ständig rechtlich und technisch auf dem Laufenden bleiben.“

Chefinspektorin Sandra Goldberger, BSc MA, kam aus Anlass der Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz erstmals mit Drohnen bei der Polizeiarbeit in Berührung. „Während der EURO 2008 war ich dienstlich in der gesamten Einsatzphase im Police Information and Coordination Center in Bern. Schweizer Kollegen haben die Möglichkeiten von Drohneneinsätzen vorgeführt und mich hat das sehr beeindruckt.“ Zurück in Österreich, ortete sie an der Thematik allerdings noch wenig polizeiliches Interesse. 2009, während eines Jahres im Auslandseinsatz in Bosnien und Herzegowina, konnte Goldberger erneut die Verwendung von Drohnen mitverfolgen: Als Liaison Officer koordinierte sie Einsatzangelegenheiten zwischen der militärischen Komponente der EUFOR und der polizeilichen Komponente der EUPM. „EUFOR hat in Bosnien, zusammen mit den dortigen Sicherheitsbehörden, auch Drohnen verwendet“, erinnert sich Goldberger. Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten, etwa bei der Überwachung eines unübersichtlichen Grenzgebietes, weckten ihr vertieftes Interesse. „Seit dieser Zeit bin ich an dem Thema dran-geblieben und habe mich vor allem privat viel mit Modellen und Anwendungsmöglichkeiten beschäftigt.“

Letztlich sollte es bis 2016 dauern, dass Sandra Goldberger sich erstmals auch im dienstlichen Betätigungsfeld verstärkt mit „unbemannten Luftfahrzeugen“ befassen konnte. In einem bilateralen KIRAS-Projekt, dessen Schwerpunkt auf der polizeilichen Nutzung von Drohnen lag und das gemeinsam mit Deutschland durchgeführt wurde, nahm Goldberger als Vertreterin der Einsatzabteilung des BMI teil. Auf Grund des nunmehr wachsenden Interesses von Sicherheitsbehörden an Drohnen folgten weitere KIRAS-Projekte zum Thema UAV, an denen sie bis heute – insbesondere in Form der jeweiligen Nachfolgeprojekte – mitarbeitet. Dabei kam ihr nicht nur ihr bisheriges Wissen über Drohnen, sondern auch Ihre Begeisterung für Internationalität zugute.

Nach der Handelsakademie in Wien begann Sandra Goldberger ein Jusstudium, unter anderem an der englischsprachigen Bar-Ilan-Universität in Isra-



Sandra Goldberger, Drohnenoperatorin in der Einsatzabteilung der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit.

el. Während ihres Auslandsaufenthaltes hatte sie ihr Großvater für den Aufenthaltstest bei der Polizei angemeldet: „Nach dem Überleitungskurs für die ehemaligen Politessen startete im Sommer 1991 der erste Grundausbildungslehrgang für Frauen bei der Polizei – das hat mich damals sehr gereizt“, unterstreicht Goldberger. Die Aussicht, zu den ersten Polizistinnen in Österreich zu gehören, ließ sie ihr Jusstudium ruhend stellen. Ihre Sprachkenntnisse und ihr Interesse an fremden Kulturen konnte sie nach dem Abschluss der Polizeischule zwölf Jahre lang in Wiener Dienststellen im 19. und 4. Bezirk einbringen: „Ich hatte viel mit dem internationalen Publikum und den dortigen diplomatischen Vertretungen zu tun und habe immer nach internationalen Bezügen in der Arbeit gesucht.“

In Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft 2006 wechselte Sandra Goldberger ins Innenministerium, um dort unter anderem EU-Delegationen zu betreuen. Diese Tätigkeit führte sie in die Einsatzabteilung der Generaldirektion für die öffentlichen Sicherheit, in der sie bis heute im Bereich „Großer Sicherheitspolizeilicher Ordnungsdienst (GSOD)“, also in der Koordination von polizeilichen Großereignissen, arbeitet und derzeit unter anderem als Kontaktpunkt zwischen Polizei und Militär in Einsatzbereichen fungiert.

„Ich komme aus einer Bundesheer-Familie und hatte dadurch immer viel Einblick in militärische Abläufe, obwohl ich nicht selbst Soldatin war.“ Auch das Interesse an Technik ist für Goldberger familiär bedingt: „Mein Großvater war Techniker, selbst habe ich schon als Jugendliche mit Begeisterung an meiner Vespa herumgeschraubt.“ Sandra Goldberger absolvierte den Dienstführenden-Lehrgang,

bekam zwei Kinder und erwarb einen Bachelor- und einen Master-Abschluss an der FH Campus Wien. Bei ihrem Bachelor-Studium zu „integriertem Sicherheitsmanagement“ waren auch Drohnen ein Thema: „Wir haben uns im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt Objekt- und Perimeterschutz intensiv mit Drohnen in der Praxis beschäftigt.“

Drohnen im BMI. Seit 2018 wurde der Einsatz von Drohnen im BMI sukzessive ausgeweitet. UAV werden inzwischen in vielen Bereichen eingesetzt, etwa zur Lagebildübertragung, zur Aufnahme eines Verkehrsunfalls, aber auch zur Grenzüberwachung oder bei der Suche nach Vermissten. In jeder LPD sowie im Bundeskriminalamt und beim EKO Cobra sind Drohnen verfügbar. Ein weiterer Ausbau des Drohneneinsatzes im BMI ist derzeit in Vorbereitung. In der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit sind – neben dem EKO Cobra/DSE – die Einsatzabteilung (Abteilung II/2) und die Flugpolizei (Abteilung II/7) mit der Thematik befasst. Als Sandra Goldberger 2019 die Möglichkeit angeboten wurde, dienstlich die Ausbildung zur Drohnen-Operatorin zu absolvieren, nützte sie diese Chance: „Das Fliegen einer Drohne sieht oft leichter aus, als es ist. Gerade in speziellen Situationen wie bei starkem Wind, Nebel oder bei Nieselwetter kann das Steuern aber ziemlich herausfordernd sein.“ Wie beim Motorradfahren sei regelmäßiges Üben Voraussetzung, um „am Ball zu bleiben“. Regelmäßig absolviert sie Aus- und Fortbildungsstunden. Zum Teil kann etwa ein Drohneneinsatz in eine größere polizeiliche Übung integriert werden. An Drohnen fasziniert sie vor allem deren Vielseitigkeit, sagt Goldberger: „Drohnen können auch dort fliegen, wo kein Hubschrauber hinkann oder dieser nicht zweckmäßig ist. Sie sind schnell verfügbar und können in vielen Situationen Zeit und Personal ersparen. Sie sind im polizeilichen Einsatz somit eine wertvolle Ergänzung zum Hubschrauber“. Im Laufe der Jahre ist aus der Drohne ein wichtiges Einsatzmittel für diverse polizeiliche Aufgabenstellungen geworden, das heute aus dem BMI nicht mehr wegzudenken ist. Umso mehr ist der Fokus auf die Zukunft gerichtet, um die weiteren Entwicklungen übernehmen zu können.

Gregor Wenda

Strahlen, Bomben, Gefahrstoffe

Frauen sind als Spezialistinnen für Strahlenschutz, als sprengstoffkundige und als gefahrstoffkundige Organe im Bundesministerium für Inneres tätig. Solche Einsätze beinhalten oft erhöhte Gefahren.

Seit Ende der 1990er-Jahre gibt es Frauen, die im Strahlenschutz des Innenministeriums tätig sind, seit 2010 Frauen, die als Gefahrstoffkundige Organe (GKO) ausgebildet werden. Für die Ausbildung ist unter anderem Almira Geosev, BSc, Mitarbeiterin der Zivilschutzschule des BMI, zuständig. „Der Bereich des Strahlenschutzes bildet die älteste Säule. Die Schulungen der GKO kamen erst später dazu und die neueste Säule wird seit 2016 durch die internationale Kooperationsvereinbarung mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) gebildet“, erläutert Geosev. „Das Ziel dabei ist, die nationale Expertise auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes international zu verbreiten, um bestmögliche Schutzvorkehrungen zu gewährleisten.“ Bisher fanden sieben internationale Kurse in Österreich statt, mit über 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 70 Ländern. Darunter dreiwöchige Kurse zum radiologischen bzw. nuklearen Notfallmanagement oder einwöchige Kurse für Einsatzkräfte im Falle eines radiologischen oder nuklearen Notfalls. „Die Ausrichtung internationaler Kurse in Österreich hat internationale Beachtung gefunden“, sagt Geosev.

Strahlenschutzexpertin. Almira Geosev schloss an der Universität für Bodenkultur Wien den Bachelorstudiengang in Umwelt- und Bioressourcenmanagement ab. Mit dem Verfassen einer Arbeit auf dem Gebiet des radiologischen Notfallmanagements waren die Weichen für ihre Zukunft gestellt: Geosev begann 2017 mit einem Verwaltungspraktikum im BMI und arbeitet seitdem im Referat II/13/d – Bevölkerungs- und Zivilschutzausbildung. „Neben der Vor- und Nachbereitung von Kursen, werden E-Learning-Module für den Strahlenschutz angeboten, die laufend aktualisiert werden müssen“, sagt Geosev. Auf internationalem Gebiet gibt es im Rahmen der Kooperation mit der IAEA regelmäßige Experten-Meetings, sowie Meetings zur Erstellung oder Überarbeitung internationaler Publikationen und von Kurskonzepten und -unterlagen. 2019 gab es insgesamt an



Strahlenspürerin Christine Schwandtner, Almira Geosev, Zivilschutzschule des Innenministeriums, Nicole Simitsch, sprengstoffkundiges Organ.

der Zivilschutzschule über 60 Kurse, wobei Geosev mit ihren Kollegen im Schnitt einmal im Monat mit einer solchen Arbeit betraut ist. Ihre Botschaft an Frauen: „Einfach trauen. Wir können dasselbe tun, wie Männer. Ich finde es sehr wichtig, eine Durchmischung von Frauen und Männern zu haben, da sich dies positiv auf die Gruppendynamik auswirkt. Meiner Meinung nach gibt es noch zu wenige Frauen beim Zivilschutz – das könnte sich schon noch ändern. Als ich mit 28 Jahren zur Vizevorsitzenden eines internationalen Expertennetzwerks gewählt wurde, bin ich in große Fußstapfen getreten, man wächst aber an seinen Herausforderungen.“

Strahlenspürerin. In Österreich gibt es ungefähr 500 Strahlenspürerinnen und Strahlenspürer, wovon nur eine Handvoll Frauen sind – Christine Schwandtner ist eine von ihnen und hat ihren Dienstort in Kärnten beim SPK Villach. „Zur Polizei bin ich zufällig gelangt, denn ich war vorher in einem Reisebüro angestellt“, sagt Schwandtner. „Zunächst wusste ich nicht, dass es überhaupt die Möglichkeit gibt, Strahlenspürerin zu werden. Es gab weder in meinem Bekanntenkreis Strahlenspürer, noch konnte ich Kollegen zu dieser Thematik befragen, da diese selbst nicht wussten, dass es Strahlenspürer bei der Polizei gibt.“ Dann sah sie die Ausschreibung dieser Stelle und bewarb sich. „Spurensicherung gilt für mich als Regeldienst“, sagt Schwandtner. Strahlenspürer werden verständigt, wenn der Verdacht besteht, dass radioaktive Stoffe im Spiel sein könnten, die auf deren Strahlung untersucht werden müssen. Dabei gilt als oberste Priorität der Schutz der Bevölkerung. „Es gibt strikte Richtlinien, wie nah man hingehen darf – selbst mit Schutzanzug. Die Schutzausrüstung habe ich stets bereit auf der Dienststelle. Die Einsatz-ausrüstung beinhaltet ein Strahlenmessgerät, das die Messung von Alpha-, Beta- und Gammastrahlen ermöglicht, wobei letztere die größte Reichweite haben. Weiters muss man die Aufenthaltszeit beachten, denn je länger man am Handlungsort den Strahlen ausgesetzt ist, de-

sto gefährlicher kann es werden. Es gibt häufig Transporte mit radioaktivem Material für Krankenhäuser oder auch öfters Einsätze auf Schrottplätzen. Dort kann es vorkommen, dass Heizdecken oder Fliesen Strahlung aussenden und deshalb überprüft werden müssen“, erklärt die Strahlenspürerin. Die Zusammenarbeit mit den männlichen Kollegen empfindet sie als angenehm, denn sie wird von den Kollegen stets unterstützt und ihre Meinung wird ernst genommen. „Ich denke, dass das Geschlecht bei dieser Tätigkeit keine Rolle spielt. Eher ist eine gute Zusammenarbeit vom Grundcharakter eines Menschen abhängig. Gerade beim Sonderdienst der Strahlenspürer ist eine gute Teamarbeit sehr wichtig.“ Frauen in der Polizei rät sie, Neues zu probieren, sich nicht davon abschrecken lassen, dass viele Männer dabei sind. „Einfach bewerben und ausprobieren.“

Gefahrstoffkundiges Organ. Bezirksinspektorin Nicole Malits ist seit 2010 ein gefahrstoffkundiges Organ (GKO), eine der Frauen in dieser Sonderverwendung. Davor war sie zehn Jahre lang als Strahlenspürerin tätig. Gefahrstoffkundige Organe sind spezialisiert auf die Suche nach atomaren, biologischen und chemischen Gefahrstoffen, kurz ABC-Gefahrstoffen. Sie arbeiten mit den Sprengstoffkundigen Organen und den Strahlenspürern des Innenministeriums zusammen. „Gefahrstoff-Einsätze erfolgen etwa, wenn verdächtige Briefe oder Gegenstände, Pulver oder Flüssigkeiten an Orten auftauchen und deren Herkunft nicht erklärbar ist“, erklärt Malits. Sie kann auch zum Einsatz kommen bei Kontrollen von Gefahrguttransporten, wenn radioaktive, biologische oder chemische Stoffe vorhanden sind. Bei den Einsätzen ist man in der Regel mindestens zu zweit. „Unsere Aufgabe ist es, die an Ort und Stelle anwesenden Einsatzkräfte zu unterstützen bei der Erkennung möglicher ABC-Gefahren am Einsatzort.“

Die GKO werden über einen Einsatz von der Landesleitzentrale verständigt. Die Aus- und Fortbildung der gefahrstoffkundigen Organe erfolgt durch die Zivilschutzschule des Innenministeriums. Malits Wunsch wäre, „dass es mehr Frauen im Strahlenschutz und bei den gefahrstoffkundigen Organen gibt, es ist zwar körperlich und geistig sehr fordernd, aber es ist ein sehr interessanter Beruf.“



Nicole Malits, gefahrstoffkundiges Organ der Polizei im Burgenland, mit ihrer Einsatzrüstung.

Sprengstoffsachkundiges Organ. „Ich habe immer schon Interesse an der Pyrotechnik gehabt. Es ist durch viele Erfahrungen auf der Streife mit sprengstoffsachkundigen Kollegen bestärkt worden, bis ich schließlich die Entscheidung traf, dass auch ich in dieser Sparte arbeiten möchte“, schildert Nicole Simitsch von der Landespolizeidirektion Kärnten. Seit 2017 ist sie eine von zwei Frauen der 108 sprengstoffsachkundigen Organe (SKO) der Polizei in Österreich. Die Ausbildung dauert eineinhalb Jahre. Sie beinhaltet die Ausbildung zum Sprengbefugten, zum Strahlenschutzbeauftragten und Pyrotechniker. „Sobald Kriegsrelikte, herrenlose Gepäckstücke, verdächtige Briefsendungen etc. aufgefunden werden, erhalte ich entweder direkt oder durch die Landesleitstelle Kärnten einen Anruf und begeben mich mit meiner Ausrüstung an den Ort des Geschehens“, sagt Simitsch, deren Stammdienststelle die Polizeiinspektion Annabichl ist. Vor Großveranstaltungen wie Konzerten, Fußballspielen oder Staatsbesuchen findet eine Durchsuchung („Bomb-Checks“) statt. „In solchen Fällen trage ich eine Splitterschutzweste, einen Splitterschutzhelm und habe ein Röntgengerät, diverse Seile und Werkzeug dabei. Auch ein Spiegel sollte nicht fehlen, denn als Regel Nummer eins gilt, stets einen Abstand zwischen sich und dem verdächtigen Gegenstand, etwa einem Koffer, aufrechtzuerhalten und den Gegenstand möglichst nicht zu bewegen“, erklärt Simitsch. „Das Seil und die



Margit Steurer: Erste Frau als sprengstoffkundiges Organ, erste Frau als Schießausbilderin bei der Polizei.

Werkzeuge helfen bei einer Ortsveränderung des Gegenstandes oder um etwaige Auslösungsmöglichkeiten bei einer Bombe auszuloten. Vor einem Staatsbesuch werden sämtliche relevante Bereiche, wie Hotelunterkünfte, Konvoifahrzeuge und Besuchsortlichkeiten von SKOs, Sprengstoffhundeführern und GKO auf verdächtige Gegenstände abgesucht. Danach wird das Objekt an das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung übergeben.“

Pionierin. Bezirksinspektorin Margit Steurer ist die erste Frau, die zur sprengstoffsachkundigen Polizistin ausgebildet wurde. Die Tirolerin gehört seit 1. Dezember 2007 zu den sprengstoffsachkundigen Organen in den Bundesländern. Sie ist seit 1992 bei der Polizei und macht Dienst auf der Polizeiinspektion St. Johann. Steurer gehörte zu den ersten Polizeibeamtinnen in Tirol und war die erste Frau als Schießausbilderin bei der Polizei. Sie fuhr auch Motorradstreife. In Tirol war sie in der vergangenen Zeit als SKO bei mehreren Großveranstaltungen im Einsatz, darunter die Tagungen im Rahmen des EU-Ratsvorsitz Österreichs 2018, die UCI-Rad-WM in Innsbruck 2018, die nordische WM in Seefeld 2020 oder die jährlichen Hahnenkamm-Rennen. Seit 1994 nimmt Steurer an Schießwettbewerben teil und wurde im Damenteam Welt- und Vizeweltmeisterin. Im Einzelschießen wurde sie dreimal Staatsmeisterin und erlangte von 1998 bis 2013 bei jeder EM Podestplätze. *Nicole F. Antal*

Frieden, Grenzen, Fälschungen

Polizistinnen sind im Ausland bei Friedensmissionen für die UNO oder EU im Einsatz, für die Grenzschutzagentur Frontex, als Dokumentenberaterinnen oder aufgrund bilateraler Abkommen.

Bezirksinspektorin Berenike T. ist in der österreichischen Botschaft in Athen als Dokumentenberaterin des Innenministeriums stationiert. Sie berät das Flughafenpersonal in Athen im Erkennen ge-/verfälschter Dokumente. Weiters geht es in ihrer Arbeit um das Profiling von Personen, die am Flughafen Athen fremde Ausweise gebrauchen wollen, um aus Griechenland nach Österreich zu gelangen. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit der griechischen Flughafenpolizei. „Ich spreche aufgrund meiner Erkenntnisse Abladeempfehlungen aus“, sagt die Wiener Polizistin. Diese Personen werden vom Flug nach Wien ausgeschlossen. Hintergrund des Einsatzes ist es, auf der Flugroute Athen-Wien illegale Migration zu unterbinden und Schleppungen zu stoppen.

Berenike T. ist seit 2011 bei der Polizei, ihre Stammdienststelle ist die Polizeiinspektion Brandstätte in Wien. „2016 habe ich eine Ausschreibung für Frontex gesehen und da ich mich für das Ausland und für Sprachen interessiere, habe ich mich beworben. Mein erster Auslandseinsatz ist 2017 im Rahmen von Frontex in Pozzallo auf Sizilien gewesen“, berichtet sie. Frontex ist die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. „Ich möchte die Auslandseinsätze nicht missen, natürlich ist es auch ein hoher organisatorischer und administrativer Aufwand – dienstlich wie privat. Vor dem Einsatz muss man sich darum kümmern, dass für die Kolleginnen und Kollegen an der Dienststelle zuhause nichts offenbleibt, aber auch im privaten Umfeld ist viel organisatorisches Geschick gefragt. Es muss unter anderem geklärt werden, wer sich um die Wohnung kümmert, vielleicht die Pflanzen gießt, die Zulassung des Autos ruhend stellen oder auch eine Abwesenheitsmitteilung bei der Post beantragen. Alles in allem bleibt es aber überschaubar und ist definitiv eine Erfahrung wert.“

UNO-Einsatz im Kosovo. Bezirksinspektorin Silke K. ist in Priština, der Hauptstadt des Kosovos stationiert, sie arbeitet bei der Interimsverwaltung der

Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). „Bei diesem Einsatz bin ich dem Analyse- und Reporting-Büro zugeteilt. Ich arbeite in Zivil und bin auch nicht bewaffnet. Bei meiner Tätigkeit für UNMIK erstelle ich unter anderem einen täglichen Covid-Bericht für die Regionen und umliegende Länder sowie Wochenberichte als auch Spezialberichte, wenn es besondere Vorkommnisse gegeben hat.“

Silke K. ist in der Steiermark aufgewachsen und „durch Zufall in den 1990er-Jahren im Gendarmeriedienst gelandet. Ich habe eine Freundin zu ihrem Aufnahmetest bei der Gendarmerie begleitet und mich dann kurzerhand selbst entschlossen, mich zu bewerben. Da ich sehr gerne reise, haben mich Auslandseinsätze immer sehr interessiert. Ich wollte ausprobieren ob dies etwas für mich ist und so war es dann auch.“ Bisher war sie viermal im Kosovo im Einsatz, dreimal für die UNO und einmal für die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX.

„Mein erster Auslandsdienst ist 2006/2007 in Obiliq im Kosovo gewesen, damals noch in österreichischer Uniform und bewaffnet. Zu einen ihrer spannendsten Einsätze zählt sie den Einsatz im März/April 2020, „an der griechischen Grenze zur Türkei, wo auch das EKO Cobra/DSE eingesetzt war. Ich habe damals Lageberichte für den Migrationsstab im Innenministerium erstellt und den Verbindungsbeamten des Innenministeriums in Griechenland für die Dauer der Krise unterstützt“, berichtet die Polizistin.

Wichtig bei einem Auslandseinsatz sei es, nicht nur im privaten Umfeld alles abzuklären, sondern auch bei seiner Dienststelle zuhause. Ihre Stammdienststelle ist die Polizeiinspektion Voitsberg in der Steiermark. „Man fällt schließlich für die Dauer des Einsatzes zuhause aus und nicht alle Kolleginnen und Kollegen bringen dafür Verständnis auf. Leider fehlt manchmal die Wertschätzung, denn hinter einem Auslandseinsatz steckt viel, man muss sich im Bewerbungsprozess international behaupten und Österreich ist, was das betrifft, ganz

vorne dabei. Ein wesentlicher Vorteil, den man zur eigenen Dienststelle mitnimmt, sind nicht nur sprachliche Kenntnisse, sondern auch ein besseres Verständnis für andere Kulturen. Dies wirkt sich in manchen Amtshandlungen zuhause oft positiv aus und kann auch zur Deeskalation einer Lage beitragen“, berichtet Silke K.

Frontex-Einsatz in Albanien. „Bei meinem Auslandseinsatz geht es darum, die EU-Außengrenze zu schützen“, sagt Bezirksinspektorin Julia Z., die in Albanien für Frontex im Einsatz ist. „Als Beitrittskandidat der EU unterhält Albanien einen Vertrag mit Frontex. Daher bestreifen wir mit einem geländetauglichen Fahrzeug die grüne Grenze. Nachts sind wir mit einer FLIR-Wärmebildkamera unterwegs. Kommt es zu einem illegalen Übertritt, dann halten wir die Personen auf und übergeben sie der albanischen Polizei. Dabei geht es nicht nur um irreguläre Migration, sondern auch darum, den Waffen- und Drogenschmuggel zu stoppen. An kleineren offiziellen Grenzübergängen halten wir auch an und durchsuchen die Autos und die Insassen“, berichtet die Polizistin aus aus Oberösterreich. Ihre Stammdienststelle ist die Polizeiinspektion Perg.

„Ich wollte von klein auf Polizistin werden, habe 2013 die Ausbildung in Linz begonnen und wurde 2015 ausgemustert. Drei Jahre später habe ich dann eine Ausschreibung für Frontex gesehen und es hat sofort mein Interesse geweckt. Mittlerweile ist dies mein vierter Frontex-Einsatz“, erzählt sie. Bisher habe sie nur gute Erfahrungen gemacht. Für einen Auslandseinsatz müsse man auf jeden Fall ein Organisationstalent sein und viel Flexibilität mitbringen. „Es läuft nicht alles nach Punkt und Beistrich und man muss sich auch in ungewohnten Situationen zurechtfinden. Was mich sehr freut ist oft die Begeisterung der Einheimischen, wenn sie uns sehen, auch die albanischen Kollegen setzen uns gerne ein, wir bringen neben Personal und Gerät auch viel Expertise mit und der Wissensaustausch funktioniert sehr gut.“



Österreichische Polizistinnen im Frontex-Einsatz in Albanien: Lisa-Christine G. (l.), Julia Z. (Mitte).

Grenzeinsatz in Serbien. „Ich habe mich für die Polizei entschieden, weil mich ein Bekannter dafür begeistert hat und habe 2016 die Grundausbildung beendet. Ich bin bereits während meiner Ausbildung auf die Auslandseinsätze aufmerksam geworden und habe mich schließlich auch dafür beworben. Mein letzter Einsatz ist in Serbien gewesen und diente zum Schutz der Grenzen innerhalb Europas“, sagt Inspektorin Patricia E. Seit vielen Jahren sind österreichische Polizeibedienstete auch an bilateralen Polizeiprojekten beteiligt, einer davon ist der bilaterale Grenzeinsatz in Serbien. Ihr letzter Einsatz dauerte ein Monat, mittlerweile ist Patricia E. wieder in Österreich.

Der Fokus der Einsätze liegt in der Verhinderung der irregulären Migration, wobei sich die Hauptaufgabengebiete zwischen den Einsätzen unterscheiden. In Ungarn kontrolliert man häufig Lkws oder Güterzüge, in Serbien haben wir die grüne Grenze zwischen Nord-Mazedonien und Serbien überwacht. Wenn wir einen Übertritt festgestellt haben, dann haben wir eine lokale Streife angerufen, die die Aufgriffe durchgeführt hat. An anderen Tagen sind wir auch selbst Streife gefahren

und haben im Bedarfsfall die lokalen Kollegen gerufen“, berichtet die Polizistin aus der Steiermark.

Die Herausforderungen eines Auslandseinsatzes sind unter anderem die ungewohnten Standards, aber es hat auch viele Vorteile. Man lernt viel über andere Kulturen und verbessert sein Sprachverständnis. Mit den Behörden verständigen wir uns immer in Englisch, aber man bekommt nebenbei natürlich viel von der jeweiligen Landessprache mit, was sich auch bei Amtshandlungen Zuhause positiv auswirken kann. Die Arbeit mit den lokalen Behörden funktioniert sehr gut und wir österreichische Bedienstete sind auch gerne gesehen und werden mit offenen Armen empfangen. Der kulturelle Austausch mit den lokalen Einsatzkräften ist sehr interessant und am Ende profitieren alle davon“, resümiert Patricia E.

Johanna P. ist in Serbien im Grenzgebiet zu Nordmazedonien tätig. „Wir leisten Unterstützung bei den Grenzkontrollen und bestreifen die grüne Grenze. Ein Auslandseinsatz ist eine Herausforderung, weil es ein ganz anderes Umfeld ist als man es von der eigenen Dienststelle kennt, aber es ist auch eine interessante Abwechslung. Wir wurden

sehr herzlich empfangen und die Gemeinschaft allgemein war sehr gut. Man tauscht sich viel mit den Kolleginnen und Kollegen aus und lernt mit neuen Situationen umzugehen. Der einzige Nachteil ist, dass man auf der eigenen Dienststelle zuhause fehlt, aber mit genug Rückhalt der Kolleginnen und Kollegen ist auch das kein Problem.“ Johanna P. hat sich gleich nach der Matura bei der Polizei beworben, „weil mich die Polizeiarbeit schon immer interessiert hat“. Sie hat die Ausbildung im Juli 2016 begonnen. „Ich bin danach in eine Grenzdienststelle gekommen und habe gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen Asylanträge bearbeitet. Ich hatte daher bereits mit Migrationsthemen zu tun und da hat sich auch ein Auslandseinsatz gut ergeben.

Pionierin im Auslandsdienst. Die erste Polizistin aus Österreich, die an einer Auslandsmission teilnahm, war Sandra Hübsch von der Wiener Polizei. Sie war ab Juli 1995 ein Jahr lang in Mostar (Bosnien/Herzegowina) eingesetzt und diente später in weiteren Missionen. Derzeit sind durchschnittlich 80 Polizeibedienstete im Auslandseinsatz, davon rund elf Prozent Frauen.

Michael Tögel



VB-Büro Bukarest: Attachée Natalie Zeiner, Assistentin Gabriela Gagea, frühere Attachée Tamara Kerbl.



Karoline Preißer, Verbindungsbeamtin in Rom, mit ihrer Assistentin Silke von der Heyden.

Frauen im Vormarsch

Ein Viertel der vom Innenministerium ins Ausland entsandten Sicherheitsattachés sind Frauen. Auch die Leitung des BMI-Büros in Brüssel ist in weiblichen Händen. Die BMI-Vertreterinnen berichten, wie es ihnen als Frau in dieser Position geht und warum Frauen sich für diesen Job entscheiden sollten.

Eine Pionierin als Verbindungsbeamtin des Innenressorts war Tamara Kerbl, die von 2005 bis 2017 in Spanien und Rumänien im Einsatz war. Madrid und Bukarest waren damals Destinationen mit kriminalpolizeilichem Arbeitsschwerpunkt. „Man ist natürlich schon bis zu einem gewissen Grad abhängig vom Empfangsstaat und den kulturellen Gegebenheiten. Aber ich hatte in Spanien und Rumänien nicht den Eindruck, als Frau irgendwelche Vor- oder Nachteile zu haben. Das Geschlecht war bei meiner Tätigkeit unerheblich“, erinnert sich Kerbl. Gerade in den Anfängen beim Aufbau des Verbindungsbeamten-Netzwerks, als Kerbl noch die einzige entsandte Frau war, stand sie öfters im Fokus. „Ich denke jedoch, dass das positiv gemeint war und man damit zeigen wollte, dass es auch in diesem Bereich schon eine Frau gibt“, resümiert Kerbl.

Verbindungsbeamte des Innenressorts werden in der Regel für die Dauer von vier Jahren ins Ausland entsandt und sind die Schnittstellen des Innenministeriums zu den lokalen Behörden des Empfangsstaates. Sie genießen diplomatischen Status und bearbeiten Anfragen zu allen Themen das Innenressort betreffend, von A wie Asyl bis Z wie Zivil- und Katastrophenschutz. Derzeit sind 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums in dieser

Funktion im Ausland. „Ich denke, dass in den vergangenen Jahren mehr Frauen diesen Job gewählt haben, weil Partner entweder mitgehen oder meine Kolleginnen allein ins Ausland gehen. Das ist gut so. Mehr weibliche Entsandte und Diversität – auch von beruflichen Vorerfahrungen – im Attachéwesen ist für das Innenministerium ein großer Vorteil“, meint Kerbl. Sechs Verbindungsbeamtinnen sind derzeit im Ausland. Sie betreuen Bulgarien, Rumänien (Mitbetreuung von Moldau), Italien, den Kosovo, die USA, sowie Thailand (Mitbetreuung von den Philippinen, Kambodscha und Pakistan). Jede Destination hat andere Arbeitsschwerpunkte.

Bulgarien. Die Salzburgerin Birgitte Lettner ist seit 2019 Attachée in Sofia und betreut dort eine Destination, die neben Migrationsthemen überwiegend kriminalpolizeiliche Abklärungen etwa für Drogen- Wirtschafts- oder Einbruchsdelikte vornimmt. „An der Tätigkeit als Attachée hat mich von Anfang an die internationale Arbeit an sich sowie der Umgang mit internationalen Kollegen interessiert. Bei der kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Bulgarien werde ich mit dem gesamten Spektrum der Kriminalitätsbekämpfung konfrontiert und kann durch meine Tätigkeit zu Ermittlungserfolgen beitragen. Auch für meine Fami-

lie ist es eine positive Erfahrung, im Ausland zu leben“, erklärt Lettner ihre Motivation. Sie wurde von ihrem Partner und Kind nach Bulgarien begleitet. „Ich bin derzeit die einzige Attachée mit Familie und Kind im Ausland und möchte anderen Interessentinnen sagen: Es geht auch als Frau. Natürlich ist das, wie auch bei meinen männlichen Kollegen mit Familien im Ausland, nur mit Unterstützung der Familie möglich.“ Ihr Sohn werde mit mehreren Sprachen und Kulturen konfrontiert und wächst mehrsprachig auf. „Obwohl die neue Umgebung zuerst eine große Herausforderung für ihn war, hat er sich schnell daran gewöhnt. Ich sehe das auch als große Chance für ihn.“ Durch ihre Tätigkeit in einem eher männlich dominierten Umfeld sieht Lettner manchmal sogar Vorteile gegenüber männlichen Kollegen in ihrem Job, da sie ihren Gesprächspartnern in Erinnerung bleibt. „Egal, ob männlich oder weiblich, jeder BMI-Attaché sucht und findet seine Zugänge und Kontakte im Empfangsstaat. Andere Frauen in Führungspositionen in Bulgarien sehen eine weibliche Liaison Officer sehr positiv. Aber das ist natürlich auch vom jeweiligen Empfangsstaat abhängig.“

USA. Die Salzburgerin Michaela Kardeis hat 2019 das BMI-Verbindungsbeamtenbüro in Washington, DC

eröffnet. Kardeis war zuvor Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit im Innenministerium und als erste Frau in dieser Funktion. Das Büro in Washington arbeitet überwiegend strategisch, wobei es um Know-how-Austausch und Beobachtung von Maßnahmen bei der Bekämpfung von Kriminalität, Terrorismus, Extremismus oder Migration geht. Im Vergleich zu den meisten anderen Destinationen ist der Anteil der entsandten weiblichen Attachés in den USA vergleichsweise hoch. „Wir haben einen Männer- und Frauenanteil von fast fünfzig Prozent. Vielleicht ein bisschen mehr Männer als Frauen“, beobachtet Kardeis. In Bezug auf ihre Tätigkeit sieht Kardeis als Frau keine Vor- oder Nachteile. „Ich denke, dass der Frauenanteil bei der österreichischen Polizei sowie bei Verbindungsbeamtinnen ansteigen wird. Ich finde es großartig, dass mehr und mehr Frauen sich bewerben – egal, ob für eine Leitungsfunktion, als Verbindungsbeamtin oder für eine andere fordernde Tätigkeit. Und in Bezug auf Verbindungsbeamtinnen gefällt mir besonders gut, dass nun sowohl Kolleginnen mit Familie und auch Kolleginnen allein ins Ausland gehen“, sagt Kardeis. „Diesen Mut und den Zugang, warum man sich das nicht trauen sollte, finde ich richtig.“

Südostasien. Eine andere Attachée aus Oberösterreich ist seit Februar 2019 in den Fernen Osten, nach Thailand, entsandt. Von dort betreut sie neben Thailand die Philippinen, Kambodscha und Pakistan mit. Bei den südostasiatischen Ländern geht es überwiegend um kriminalpolizeiliche Abklärungen zu Verdachtsfällen von sexuellem Kindesmissbrauch, Betrug, Fahndungen oder Menschenhandel. Pakistan hat einen starken Migrations- und Asylbezug. „Für meine Destinationen braucht es viel kulturelles und religiöses Fingerspitzengefühl, auch in der Zusammenarbeit mit den Behörden dieser Länder. Die Thais und Kambodschaner als Buddhisten sowie die Filipinos als Katholiken sind im Umgang mit weiblichen Attachés respektvoll und höflich. Ich empfinde als Frau keine Vor- oder Nachteile“, erklärt die Verbindungsbeamtin. „Auch die Pakistani sind höflich, wobei ich hier bewusst als westliche Frau auftrete und das Tragen eines Kopftuches bei offiziellen Terminen ablehne. Es wurde bisher von mir auch noch nie erwartet. Ich habe den Ein-



Attachée Birgitte Lettner vertritt das Innenministerium in Bulgarien.



Attachée Michaela Kardeis ist in Washington, DC, USA stationiert.




Christine Rödlach leitet des Verbindungsbüro des BMI in Brüssel.

druck, dadurch kann ich mir Respekt in einer stark männlich geprägten Gesellschaft verschaffen. Der Respekt wird mir auch dank meiner Funktion entgegengebracht.“

Italien. Seit Juli 2018 ist die Salzburgerin Karoline Preißer nach Italien entsandt. Das VB-Büro Italien bearbeitet etwa gleich viele migrationsbezogene sowie kriminalpolizeiliche Akte. „Wenn man im Ausland lebt, werden einem gewisse Dinge viel bewusster – im Positiven, wie im Negativen. Als Frau beobachtet man auch, wie mit Frauen im Empfangsstaat – auch im internationalen Umfeld – umgegangen wird“, sagt Preißer. Sie empfindet ihre Tätigkeit als Verbindungsbeamtin als durchaus weiblichen Job, da Fähigkeiten benötigt werden, die tendenziell eher Frauen zugeschrieben werden. „Sehr gute soziale Kompetenzen, Fingerspitzengefühl für die Kultur des Gegenübers und Fremdsprachenkenntnisse sind essenziell. Es geht in unserem Job bei weitem nicht nur um Angelerntes und Wissen, sondern auch um Bauchgefühl und Aspekte zwischen den Zeilen. Es ist erfreulich, dass sich die Unternehmenskultur im Innenressort weiterentwickelt und immer mehr Kolleginnen diesen Job für ihren individuellen Werdegang interessant finden und sich das zutrauen.“ Das Allerwichtigste dabei sei es, nicht zurückzuschrecken und sich zu bewerben.

Rumänien. Die Kärntnerin Natalie Zeiner ist seit Juli 2017 nach Rumänien entsandt und betreut von dort Moldau seit einem knappen halben Jahr mit. In beiden Ländern werden viele kriminalpolizeiliche Abklärungen vorgenommen und Ermittlungsunterstützungen, z. B. bei Eigentumsdelikten oder Fällen von Menschenhandel mit Österreich-Bezug geleistet. Rumänien bearbeitet auch Akte zu Migration, zumal das Land zwar kein Ziel- sondern eher Transitland in Richtung Westeuropa ist. Zeiner hat die Funktion als BMI-Attachée von einer anderen Kollegin, Tamara Kerbl, übernommen, die zuvor jahrelang die VB-Destination Bukarest betreut hatte. „Unterm Strich macht es in Rumänien keinen Unterschied, ob du bei dieser Tätigkeit Mann oder Frau bist. Die Arbeit muss passen und das ist unabhängig vom Geschlecht. In Rumänien gibt es viele taffe Frauen in Spitzenfunktionen – vorerst nicht unbedingt im Staatsbetrieb, sondern in Privatunternehmen“,



beobachtet Zeiner ihr gesellschaftliches Umfeld im Empfangsstaat. Zeiner empfiehlt anderen Kolleginnen, die sich für eine Tätigkeit als Verbindungsbeamtin interessieren, sich zu bewerben: „Frauen stehen sich manchmal selbst im Weg. Wenn eine Frau achtzig Prozent einer Jobausschreibung erfüllt, denn bewirbt sie sich oft nicht. Männer sind hier viel mutiger. Mein Appell lautet: Man kann nicht zu hundert Prozent alles können. Trotzdem ist es wichtig, dass man alles daransetzt und sein Ziel konsequent verfolgt. Nicht aufgeben, lautet die Devise. Ich bin überzeugt, dass eine solide Vorbereitung auf das Auswahlverfahren sowie die Einholung von Erfahrungen von anderen Attachés, um ein besseres Bild der Tätigkeit zu haben, der Schlüssel zum Erfolg sind.“

Brüssel. Die Tirolerin Christine Rödlach ist seit Juli 2019 die Büroleiterin des BMI-Büros in Brüssel, das, wie auch die Büros der anderen Ministerien, in der Ständigen Vertretung Österreichs zur EU angesiedelt ist. In dieser Funktion verhandeln sie und ihr Team Rechtsakte, die das BMI betreffen und vertreten die Interessen des Innenressorts gegenüber Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen sowie anderer Länder. Das BMI-Büro in Brüssel ist seit vielen Jahren in weiblicher Hand. Beide Vorgängerinnen von Rödlach, die diese Funktion jahrelang innehatten, waren auch Frauen. „Das Brüsseler Pflaster besteht aus einer großen Expat-Community, wo sehr viele Länder mit Botschaften und Missionen vertreten sind. In Brüssel sind wir wirklich in der guten Lage zu sagen, es macht keinen Unterschied, ob man männlich oder weiblich ist“, beobachtet Rödlach, die bereits Arbeitserfahrung in verschiedenen europäischen Einrichtungen sammeln konnte. Im Bereich Justiz- und Inneres sind ein Drittel bis etwa die Hälfte ihrer Pendants weiblich – Tendenz aktuell steigend. Vor Beginn der Corona-Pandemie haben sich die Koordinatorinnen aus dem Bereich Inneres verstärkt in einem losen Netzwerk ausgetauscht.

„Genauso wie männliche Netzwerke, hat auch ein Zusammenschluss von weiblichen Gleichgesinnten für einen informellen Gedankenaustausch einen Mehrwert. Grundsätzlich ist eine Durchmischung beider Geschlechter aber immer gut, das bringt Diversität und verschiedene Sichtweisen in eine Debatte“, sagt Rödlach.